



DETMOLD

**Kulturstadt
im Teutoburger Wald**

**Budgetbuch 2014
Fachbereich 6
Stadtentwicklung**

Budgetbuch Fachbereich 6 Stadtentwicklung

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Haushaltssatzung	1 - 4
2. Verzeichnis der Produkt- und Auftragssachkonten mit Deckungsvermerken	5 - 15
3. Produktplan	17
4. Planungsreport	19 - 30
5. <u>Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne / Investitionsmaßnahmen</u>	
5.1 Fachbereich 6 – Stadtentwicklung	32 - 33
5.2 <i>Produktgruppe 600 Städtebauliche Planung und Geoinformationen</i>	
5.2.1 Produkt 100 Städtebauliche Planung	34 - 37
5.2.2 Produkt 200 Geoinformationen	38 - 40
5.2.3 Produkt 300 Grünordnungs- u. Freiraumplanung	42 - 44
5.3 <i>Produktgruppe 610 Bauen und Wohnen</i>	
5.3.1 Produkt 100 Bauordnung und Bauaufsicht	46 - 48
5.3.2 Produkt 200 Bau- und Grundstücksservice	50 - 52
5.3.3 Produkt 300 Wohnungsbauservice	54 - 56
5.3.4 Produkt 400 Denkmalschutz und Denkmalpflege	58 - 60
5.4 <i>Produktgruppe 620 Umweltschutz</i>	
Produkt 100 Umweltschutz	62 - 64

- Anmerkung zum vorläufigen Ergebnis 2012 -

In den Ergebnis- und Finanzplänen wird das vorläufige Ergebnis 2012 ausgewiesen. Der Jahresabschluss 2012 ist in seiner Gesamtheit noch nicht abgeschlossen, so dass sich noch Korrekturen in einzelnen Bereichen ergeben können.

Haushaltssatzung der Stadt Detmold für das Haushaltsjahr 2 0 1 4

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09.04.2013 (GV. NRW. S.194) hat der Rat der Stadt Detmold mit Beschluss vom 18.12.2013 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2014, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

dem Gesamtbetrag der Erträge auf	198.000.846 €
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	196.650.498 €

im **Finanzplan** mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	190.117.939 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	184.091.992 €
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	8.473.352 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	29.130.257 €
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	42.656.905 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	27.750.000 €

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen im Haushaltsjahr 2014 erforderlich ist, wird auf

15.735.005 €

festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

20.602.762 €

festgesetzt.

§ 4

Eine Inanspruchnahme des Eigenkapitals soll nicht erfolgen.

§ 5

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung im Haushaltsjahr 2014 in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

40.000.000 €

festgesetzt.

§ 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2014 wie folgt festgesetzt:

1. **Grundsteuer:**

- | | | |
|-----|--|-----------------|
| 1.1 | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 192 v.H. |
| 1.2 | für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 495 v.H. |
| 2. | Gewerbsteuer:
auf | 430 v.H. |

§ 7

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen

Über- und außerplanmäßige **Aufwendungen und Auszahlungen**, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, sind im Sinne des § 83 GO NRW erheblich, wenn sie mindestens **25.000 €** betragen.

Alle übrigen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sind erheblich, wenn sie im Einzelfall den Betrag von **15.000 €** überschreiten, davon ausgenommen sind die internen Leistungsverrechnungen und bilanzielle Abschreibungen im Rahmen des Jahresabschlusses.

Unerheblich sind ferner alle über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, die im Zusammenhang mit

- dem **Jahresabschluss** oder
- der Umsetzung des **NKF** oder
- finanzneutralen Änderungen von Sachkonten aus finanzstatistischen Gründen oder
- finanzneutralen Mittelumschichtungen zwischen den Organisationsbereichen
 - bei Strukturänderungen der Verwaltung oder
 - im Bereich der Personalwirtschaft

erforderlich werden.

Über- und außerplanmäßige **Verpflichtungsermächtigungen** gem. § 85 GO NRW, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, sind als erheblich anzusehen, wenn sie im Einzelfall mehr als **150.000 €** betragen. Alle übrigen über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen gelten als erheblich, wenn sie im Einzelfall mehr als **50.000 €** betragen.

Die erheblichen **Aufwendungen und Auszahlungen** sowie **Verpflichtungsermächtigungen** bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates. Im Übrigen sind die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen dem Rat zur Kenntnis zu bringen, sofern sie nicht geringfügig sind. Geringfügig in diesem Sinne sind Beträge bis zu **5.000 €**.

§ 8

Budgets und Deckungsfähigkeiten

Zur flexiblen Haushaltsführung werden gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO die Erträge und Aufwendungen innerhalb der einzelnen Organisationsbereiche mit Ausnahme

- der Verfügungsmittel sowie
- nicht zahlungswirksamer Aufwendungen (z. B. bilanzielle Abschreibungen, interne Leistungsverrechnungen etc.)

jeweils zu einem Budget verbunden, sofern nicht andere Deckungsvermerke gemäß § 21 Absatz 2 GemHVO (siehe auch „Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken“ [gelbe Seiten]) bestehen. Das Gleiche gilt für Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Die Erträge/Aufwendungen bzw. Einzahlungen/Auszahlungen innerhalb der kostenrechnenden Einrichtungen werden zu jeweils gesonderten Budgets verbunden.

Innerhalb der Budgets sind die Summe der Erträge und die Summe der Aufwendungen für die Haushaltsführung verbindlich.

Für die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes gilt das „Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken“.

Sämtliche Verpflichtungsermächtigungen innerhalb eines Produktbudgets werden gem. § 13 Absatz 2 GemHVO für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Der im § 3 der Haushaltssatzung festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen darf nicht überschritten werden.

§ 9

Ausweis von Investitionen in Teilfinanzplänen

Die **Wertgrenze für die Einzelausweisung von Investitionsmaßnahmen** im Teilfinanzplan nach § 4 Absatz 4 GemHVO wird, bezogen auf den Gesamtausgabebedarf von Einzelmaßnahmen, grundsätzlich auf **250.000 €** festgesetzt.

§ 10

Stellenplan

Rechtsfolge bei Stellen mit einem kw.- bzw. ku.-Vermerk:

- | | |
|--------------|--|
| kw.-Vermerk: | Die Stelle entfällt beim Ausscheiden des Stelleninhabers. |
| ku.-Vermerk: | Die Stelle ist nach Ausscheiden des Stelleninhabers umzuwandeln. |

Detmold, 18.12.2013



Heller
(Bürgermeister)

Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken

Grundsatz der Gesamtdeckung

Grundsätzlich dienen die Erträge zur Deckung der Aufwendungen sowie die Einzahlungen zur Deckung der Auszahlungen (vgl. § 20 GemHVO).

Bildung von Budgets / Gegenseitige Deckungsfähigkeit

Zur flexiblen Haushaltsführung werden gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO die Erträge und Aufwendungen innerhalb der einzelnen Organisationsbereiche mit Ausnahme

- der Verfügungsmittel sowie
- nicht zahlungswirksamer Aufwendungen (z. B. bilanzielle Abschreibungen, interne Leistungsverrechnungen etc.)

jeweils zu einem Budget verbunden, sofern nicht andere Deckungsvermerke gemäß § 21 Absatz 2 GemHVO bestehen. Das Gleiche gilt für Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Zusätzlich werden alle nicht zahlungswirksamen Zuführungen im Personalbereich (wie Pensionsrückstellungen, Altersteilzeitrückstellungen, Beihilferückstellungen) zu einem Budget verbunden.

Die Erträge und Aufwendungen bzw. Einzahlungen und Auszahlungen innerhalb der kostenrechnenden Einrichtungen werden zu jeweils gesonderten Budgets verbunden.

Innerhalb der Budgets sind die Summe der Erträge und die Summe der Aufwendungen für die Haushaltsführung verbindlich.

Darüber hinaus werden die nachfolgenden Produkt-Sachkonten zu einem gesonderten Budget verbunden:

Produkt 004.870.100: Volkshochschule

Projekt: „Berufsbezogene Sprachförderung“

Ertrags-/ Aufwands- konto	Einzahlungs-/ Auszahlungs- konto	Bezeichnung
5012009	7012009	Dienstaufwendungen / -auszahlungen Projekte
5022009	7022009	VBL-Beiträge Projekte
5032109	7032109	Sozialversicherung Projekte
5019006	7019006	Honorare Projekte
5318120	7318120	Weitergabe Bundesmittel Fahrtkosten
5422013	7422013	Mieten
5431152	7431152	Sachmittel

Projekt: „Zusätzlicher Hauptschulabschlusskurs“

Ertrags-/ Aufwands- konto	Einzahlungs-/ Auszahlungs- konto	Bezeichnung
5012009	7012009	Dienstaufwendungen / -auszahlungen
5019009	7019009	Honorare Projekte
5022009	7022009	VBL - Beiträge
5032109	7032109	Sozialversicherung
5032209	7032209	Berufsgenossenschaftsbeiträge
5391034	7391034	Qualifizierungsgeld für Teilnehmer/ -innen
5422008	7422008	Raummieten
5431127	7431127	Lehr- und Unterrichtsmittel

Gegenseitige Deckungsfähigkeit im investiven Teil des Finanzplanes

Innerhalb eines Auftrages sind die Sachkonten gegenseitig deckungsfähig.

Die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen ober- und unterhalb 410 Euro netto innerhalb eines Fachbereiches einschließlich der Auszahlungsermächtigungen für Festwerte werden grundsätzlich für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Fachbereiche 2, 3 und 8. Hier gilt Folgendes:

Im Fachbereich 2 sind die Auszahlungen für die Beschaffung von Hard- und Software im Rahmen des Medienentwicklungsplanes gegenseitig deckungsfähig.

Die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes des Fachbereiches 3 für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen ober- und unterhalb 410 Euro netto sind jeweils innerhalb der Produkte „Bekämpfung von Bränden/Hilfeleistung bei Unglücksfällen“ einerseits sowie „Transport von Kranken/Transport von Notfallpatienten“ andererseits gegenseitig deckungsfähig.

Im Fachbereich 8 werden die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen im Bereich der Adlerwarte Berlebeck für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Maßnahmen im Bereich „Sportstätten“ sind gegenseitig deckungsfähig, ebenso alle Maßnahmen des Grunderwerbs im Produkt 001.500.100 (Haus- und Grundstücksservice). Darüber hinaus sind alle Maßnahmen innerhalb der Bereiche „Immobilien“, mit Ausnahme der Beschaffung von Ersatzschulräumen im Schulzentrum Mitte; „Kanal- und Gewässerbau/Abwasserbeseitigung“ sowie sämtliche Maßnahmen im Straßen- und Brückenbau einschließlich der Fußgängerüberwege und Lichtzeichenanlagen und der Straßenbeleuchtung gegenseitig deckungsfähig. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Rückzahlungen vorfinanzierter Leistungen im Kanal- und Straßenbau.

Im Produkt „Allgemeine Finanzen“ werden alle Tilgungsleistungen mit Ausnahme der Tilgungsleistungen für Umschuldungen für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Sollten sich außerdem konsumtiv geplante Maßnahmen als investiv herausstellen, gelten diese als ermächtigt.

Unechte Deckungsfähigkeit nach § 21 Absatz 2 GemHVO

Die Mehrerträge/Mehreinzahlungen der nachstehend aufgeführten Produkt-Sachkonten führen zur Erhöhung der Aufwendungs- bzw. Auszahlungsermächtigung der angegebenen Produkt-Sachkonten. Diese Mehraufwendungen oder Mehrauszahlungen gelten **n i c h t** als überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 GO NRW. Darüber hinaus sind sie von der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ausgenommen.

Bereich: Allgemeine Finanzen und Beteiligungen

Produkt 016.900.100: Allgemeine Finanzen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4013000 / 6013000 Gewerbesteuer	5341000 / 7341000 Gewerbesteuerumlage 5342000 / 7342000 Gewerbesteuerumlage - Fonds deutsche Einheit und Länderfinanz- ausgleich
6927340 Einzahlung aus Krediten für Investi- tionen; Umschuldung (Auftrag: X 16089097) Umschuldung Kredite, Einzahlun- gen und Auszahlungen	7927340 Tilgung von Krediten für Investitio- nen; Umschuldung (Auftrag: X 16089097) Umschuldung Kredite, Einzahlun- gen und Auszahlungen

Produkt 015.910.100: Beteiligungen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141100 / 6141100 Zuwendung Land -ÖPNV-	5317100 / 7317100 Förderung -ÖPNV-
4141150 / 6141150 Zuwendung Land -ÖPNV- (Ausbildungsverkehr)	5317150 / 7317150 Förderung -ÖPNV- (Ausbildungsverkehr)
4651001 / 6651001 Dividenden 4651002 / 6651002 Gewinnanteile Sparkasse Detmold 4651003 / 6651003 Gewinnanteile DetCon GmbH	5441103 / 7441103 Kapitalertragsteuer

Fachbereich 2: Jugend, Schule, Soziales und Sport

Produkt 006.200.100: Kinder in und außerh. von Tageseinrichtungen und in Tagespflege

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4291100 / 6291100 Zuweisung des Landes für die Weitergabe von Investitionszuschüssen	5391100 / 7391100 Investitionszuschüsse

Produkt 006.210.100: Kinder- und Jugendarbeit, Jugendschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4488260 / 6488260 Erstattung Bildungs- und Teilhabepaket	5431260 / 7431260 Veranstaltungen aus Bildungs- und Teilhabepaket

Produkt 006.220.100: Hilfen zur Erziehung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141013 / 6141013 Zuweisung von Gerichten, Erstattung von Strafgeldern	5331571 / 7331571 Projektbezogene Sachkosten - Jugendgerichtshilfe -
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 005.230.300: Hilfen in außergewöhnlichen Situationen (ASD)

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4147003 / 6147003 Spenden für Hilfsbedürftige von privaten Unternehmen	5331001 / 7331001 Zuschuss aus Spendenmitteln
4211000 / 6211000 Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen	5331182 / 7331182 Zuschüsse für Kinderreiche Familien, Zuschüsse für Notsituationen

Produkt 005.250.200: Fachstelle für Menschen mit Behinderung im Beruf

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4142001 / 6142001 Zuweisung anteiliger Ausgleichsabgabe durch das Integrationsamt	5331515/ 7331515 Beihilfen nach SGB IX

Produkt 005.250.300: Seniorenarbeit und Förderung der Wohlfahrtspflege

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488022 / 6488022 Einnahmen aus Veranstaltungen - Seniorenwoche	5291402 / 7291402 Seniorenwoche und Veranstaltungen

Produkt 002.250.400: Ausländerangelegenheiten

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4481007 / 6481007 Erstattung der Kosten für die Rückführung von Ausländern vom Land	5431116 / 7431116 Kosten für die Rückführung von Ausländern

Fachbereich 3: Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Produkt 002.300.100: Melderegister und Personaldokumente

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4311006 / 6311006 Verwaltungsgebühren – Führerscheine -	5232004 / 7232004 Kreisanteil Führerscheine

Produkt 002.320.100: Bekämpfung von Bränden, Hilfeleistung bei Unglücksfällen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 002.320.200: Vorbeugender Brandschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4321117 / 6321117 Gebühren freiwillige Feuerwehr	5421006 / 7421006 Kostenerstattung freiwillige Feuerwehr

Produktgruppe 002.330: Krankentransport und Rettungsdienst

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4321103 / 6321103 Gebühren Leitstelle	5232001 / 7232001 Weiterleitung Leitstellengebühr an den Kreis Lippe

Fachbereich 5: Tiefbau und Immobilienmanagement

Produkt 001.500.100: Haus- und Grundstückservice

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4487001 / 6487001 Erstattung durch Haftpflichtschaden - Ausgleich	5441301 / 7441301 Abgeltung von Haftpflichtschäden

Produkt 012.510.100: Planung und Bau von Straßen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141029 / 6141029 Zuweisung vom Land -Breitbandversorgung-	5391105 / 7391105 Investitionszuschuss -Breitbandversorgung-
6811303 Zuwendung Land -Fuß- und Rad- wege- (Auftrag: S 12085106) Fuß- und Radwegenetz	7852100 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen Straßen etc. (Auftrag: S 12085106) Fuß- und Radwegenetz

Fachbereich 6: Stadtentwicklung

Produkt 009.600.100: Städtebauliche Planung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488036 / 6488036 Kostenerstattung Planungskosten	5291411 / 7291411 Untersuchungen, Gutachten und Fachpläne für Bauleitpläne für Externe

Produkt 010.610.200: Bau- und Grundstücksservice

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488009 / 6488009 Erstattung der Ersatzvornahmekosten	5291401 / 7291401 Ersatzvornahmen

Produkt 014.620.100: Umweltschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488009/ 6488009 Erstattung der Ersatzvornahmekosten	5291401 / 7291401 Ersatzvornahmen
4591005 / 6591005 Ausgleichszahlungen nach der Baumschutzsatzung	5221004 / 7221004 Pflanzung von Bäumen, Gehölzen und Klettergewächsen

Fachbereich 8: Kultur, Tourismus, Marketing und Bildungseinrichtungen

Produkt 004.800.100: Kultur

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141015 / 6141015 Zuweisung des Landes -Straßentheaterfestival.-	
4141016 / 6141016 Zuweisungen des Landes für Kunst- und Kulturförderung	
4142015 / 6142015 Zuweisung des Kreises -Straßentheaterfestival-	
4145001 / 6145001 Sponsorengelder von verbundenen Unternehmen	5499036 / 7499036 -Straßentheaterfestival-
4146002 / 6146002 Sponsorengelder von öffentlichen Sonderrechnungen	5431022 / 7431022 Sachaufwand Veranstaltungen In- door
4147005 / 6147005 Sponsorengelder von privaten Unter- nehmen -Straßentheaterfestival-	5499035 / 7499035 Detmolder Sommer
4148004 / 6148004 Sponsorengelder und sonstige Beiträge	
4321215 / 6321215 Standgelder -Straßentheaterfestival-	
4591008 / 6591008 Entgelte aus Veranstaltungen Indoor	
4591012 / 6591012 Entgelte aus Veranstaltungen Outdoor	

Produkt 004.830.100: Adlerwarte

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4147004 / 6147004 Werbekostenzuschüsse	5431300 / 7431300 Drucksachen 5499044 / 7499044 Werbung
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4148008 / 6148008 Patenschaften	5431151 / 7431151 Aufwendungen / Auszahlungen aus Patenschaften
4421007 / 6421007 Einnahmen aus Verkauf - Kiosk-	5431130 / 7431130 Wareneinkauf - Kiosk -

Produkt 001.840.100: Städtepartnerschaften

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4140005 / 6140005 Zuwendungen Bund 4141000 / 6141000 Zuweisungen Land 4148002 / 6148002 Zuweisungen der Europäischen Kommission 4488015 / 6488015 Erstattungen Dritter	5431132 / 7431132 Städtepartnerschaften
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 004.860.100: Stadtbücherei

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 004.870.100: Volkshochschule

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4146001 / 6146001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4148001 / 6148001 Spenden	

Produkt 004.880.100: Musikschule

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produktplan Fachbereich 06 Stadtentwicklung

Produktgruppe		Produkt	
600	Städtebauliche Planung und Geoinformationen	100	Städtebauliche Planung
		200	Geoinformationen
		300	Grünordnungs- und Freiraumplanung
610	Bauen und Wohnen	100	Bauordnung und Bauaufsicht
		200	Bau- und Grundstücksservice
		300	Wohnungsbausevice
		400	Denkmalschutz und Denkmalpflege
620	Umweltschutz	100	Umweltschutz

Planungsreport

Fachbereich 06 Stadtentwicklung

I. Ausgangslage und Ausblick

1. Produkte des Fachbereichs Stadtentwicklung

Die Dienstleistungen des Fachbereichs Stadtentwicklung werden mit Beginn des NKF-Starts ab 2008 in folgenden acht Produkten und drei Produktgruppen erstellt:

Produktgruppe 600 „Städtebauliche Planung und Geoinformationen“

- 100 „Städtebauliche Planung“
- 200 „Geoinformationen“
- 300 „Grünordnungs- und Freiraumplanung“

Produktgruppe 610 „Bauen und Wohnen“

- 100 „Bauordnung und Bauaufsicht“
- 200 „Bau- und Grundstücksservice“
- 300 „Wohnungsbauservice“
- 400 „Denkmalschutz und Denkmalpflege“

Produktgruppe 620 „Umweltschutz“

- 100 „Umweltschutz“

Die Leistungen der oben aufgeführten Produkte werden von 50 Mitarbeitern des FB 6 erbracht. Unter Berücksichtigung von Teilzeitbeschäftigungen sind dies rd. 45,25 Stellen (Stand 31.12.2013).

Die Nachfolge des Denkmalpflegers, der ab 1. März 2014 in den Ruhestand gehen wird, ist bereits erfolgt. Dies war erforderlich, damit der Übergang des in langjähriger Tätigkeit erworbenen Erfahrungswissens an die nachfolgende Kraft sichergestellt ist. Die dafür erforderliche Summe ist im Personalkostenansatz 2014 enthalten.

Im Gegenzug wird eine bislang aus diesem Grund noch nicht besetzte Stelle im Team 6.1 zunächst noch weiterhin freigehalten. Die Wiederbesetzung im Team Städtebauliche Planungen ist weiterhin erforderlich, um das auch im Rahmen des ISEK erweiterte Aufgabenspektrum dauerhaft bewältigen zu können. Der entsprechende Personalaufwand ist in der Mittelanmeldung 2014 noch nicht berücksichtigt.

1.1 Städtebauliche Planung

Die auf Langfristigkeit angelegte Stadtentwicklung wird weiterhin stärker in den Focus des Teams städtebauliche Planungen rücken.

Das im Jahr 2013 von Verwaltung und Politik zum Abschluss gebrachte „Integrierte Stadtentwicklungskonzept der Stadt Detmold“ bildet hierbei eine wichtige Grundlage für die Arbeitsschwerpunkte des Produkts Städtebauliche Planungen.

Viele der dort aufgeführten Maßnahmen werden ab 2014 interdisziplinär team- und fachbereichsübergreifend abgearbeitet.

Das Team Städtebauliche Planungen wird sich hierbei sehr intensiv mit folgenden Maßnahmen befassen:

- Profilierung und Standortaufwertung

- Brachflächenaktivierung
- Rahmenplanung für die Folgenutzung der britischen Wohnsiedlungen
- Handlungskonzept „Förderung des Wohnens im historischen Stadtkern“
- Pilotprojekt „Wohnen in der historischen Innenstadt“
- Modernisierung und Instandsetzung privater Gebäude zur Nutzung für Wohnen sowie zur Nutzung für Dienstleistung und Gewerbe
- Rahmenplanung „Zukunftsfähiger Einzelhandel im historischen Stadtkern“.

Die hier genannten Aufgaben sind größtenteils über einen Zeitraum von mehreren Jahren angelegt, wobei der Grundstein hierfür durch politische Beschlüsse ab dem Jahr 2014 gelegt werden soll.

Im Rahmen des Demografischen Wandels gilt es, Detmold weiter attraktiv zu gestalten und fitt für die Zukunft zu machen. Hierbei wird es nicht ausreichen, neue Flächen für Entwicklungsperspektiven anzubieten. Vielmehr müssen überkommene Strukturen wieder mit Leben gefüllt oder zukunftsfähig weiterentwickelt werden. Wohnen, Gewerbe, Versorgung und Erholung gilt es, aufeinander abgestimmt zu optimieren.

Wie auch in den letzten Jahren wird einen wesentlichen Schwerpunkt und einen großen Tätigkeitsbereich der Stadtplanung 2014 wiederum die Steuerung des Einzelhandels in Detmold ausmachen. Durch Bauleitplanung wird gezielt die Ansiedlung von Einzelhandelsstrukturen in Ortsteilzentren gefördert, um Versorgungslücken zu schließen. Es gilt das erklärte stadtstrukturelle Ziel umzusetzen, Versorgungsbereiche wieder dezentral zum Bürger in die Ortsteile zu lenken. In Pivitsheide VL und Heiligenkirchen ist dies bereits erfolgreich erfolgt, Heidenoldendorf steht 2014 im Focus der Bemühungen. Außerhalb der zentralen Versorgungsbereiche gilt es, Einzelhandelsentwicklungen zu stoppen bzw. ggf. zurück zu entwickeln.

Auch wird die städtebauliche Planung im Jahr 2014 den erfolgreichen Weg der in den vergangenen Jahren eingeleiteten Branchenmobilisierung weiterverfolgen. Neben der planerischen Mobilisierung neuer Branchen (wie Temde, alte FH) gilt es, in der Umsetzung befindliche Projekte (Omnia) weiterhin aktiv zu begleiten. Auch die Identifizierung überalterter Wohngebiete muss zukünftig im Rahmen einer gezielten Baulandmobilisierung Berücksichtigung finden. Im direkten Kontext der Branchenmobilisierung und Überarbeitung überkommener Wohngebiete steht auch die im ISEK als Maßnahme aufgeführte Mobilisierung der Britischen Wohnsiedlungen.

Allgemein werden innerhalb des Produkts Städtebauliche Planungen in 2014 folgende wesentliche Leistungen erbracht:

Erarbeitung und Bearbeitung von Bebauungsplänen, Flächennutzungsplanänderungen, Vorhaben- und Erschließungsplänen, sonstigen städtebaulichen Satzungen, Rahmenplänen, Stadtentwicklungsplanung, Standortuntersuchungen, Lärmaktionsplänen, planungsrechtlichen und städtebaulichen Stellungnahmen und Lärmschutzgutachten zu Bauleitplänen, Bauvorhaben und städtischen Einrichtungen wie z. B. Feuerwehrsiedlung und Sportplätzen.

Das Arbeitsprogramm begründet sich überwiegend durch die vom Fachausschuss beschlossene Prioritätenliste. Für die Aufstellung der Liste wurden folgende Ziele aus der Baulandstrategie abgeleitet:

- Bedarfsgerechte Bereitstellung von Wohnbauland
- Reduzierung des Zuwachses an bebauter Siedlungsfläche
- Vorrang der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung
- Wiedernutzung von städtebaulichen Brachen und leerstehenden Gebäuden
- Ausnutzung vorhandener Infrastruktur und Erschließungsanlagen

Unter Berücksichtigung dieser Zielsetzungen wurde folgende Rangfolge bei der Aktivierung von Bauflächen festgelegt:

1. Hohenloh
2. Gewerbebrachen

3. Flächen in städtischem Eigentum
4. erschlossene andere Flächen
5. nicht erschlossene andere Flächen

Für das Jahr 2014 sind zusätzlich zu den o. g. Beispielen u. a. folgende große Arbeitsschwerpunkte geplant bzw. befinden sich in der Bearbeitung:

- Umsetzung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Innenstadt (ISEK)
- Umsetzung des städtebaulichen Konzeptes Einzelhandel
Ziel: zukunftsorientierte Steuerung des Einzelhandels durch langfristige Sicherung und Optimierung der Nahversorgungsstrukturen im Stadtzentrum und in den Ortsteilen (z. B. Heidenoldendorf) und Ausschluss von Einzelhandel außerhalb der zentralen Versorgungsbereiche, Bestandsfortschreibung „Kaufland“ und „real“
- Gezielte langfristige Maßnahmen zur Optimierung der gewerblichen Wirtschaft durch frühzeitige, bevorratende Bauleitplanung und zielgerichtete investitionsorientierte Überarbeitung bestehender Planungen (z. B. Weidmüller, Wortmann, Ecclesia)
- Revitalisierung von Gewerbebrachen
(ehem. Omnia-Werke, ehem. Fachhochschule, ehem. Bundeswehrkrankenhaus, ggf. ehem. Temde-Fabrik, ggf. Schlachthof)
- Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie durch die Entwicklung von Lärmaktionsplänen
- Mobilisierung von Baulücken zur Reduzierung des Freiflächenverbrauchs.

Im Hinblick auf die Räumung der Liegenschaften in Detmold, die von den Briten genutzt werden, sind die stadtplanerischen Zielvorstellungen für deren zivile Folgenutzung zu entwickeln und mit geeigneten planungsrechtlichen und organisatorischen Instrumenten umzusetzen.

Nach einer Bestandsaufnahme und Analyse des Gebäudebestandes durch NRW.URBAN ist zu entscheiden, welche Gebäude erhalten oder abgebrochen werden sollen. Es ist ebenfalls zu überlegen, ob eine Neubauung als Ersatz oder Ergänzung der vorhandenen Gebäude erfolgen soll.

Die Entwicklung des ehemaligen Fliegerhorstes zu einem lebendigen Quartier mit einer Mischung aus Wohnen, Arbeiten, Lernen und Einkaufen wird auch im Jahr 2014 fortgesetzt. Nach Inbetriebnahme von drei sanierten Gebäuden wird die Seniorenwohnanlage am Kasinogarten durch einen Neubau ergänzt. Die Suche nach Investoren und Nutzern für die Umnutzung weiterer Gebäude an der Richthofenstraße wird fortgesetzt. Neben dem Fassadenförderprogramm der Städtebauförderung steht ab Oktober 2013 auch das Denkmalpflegeförderprogramm des Landes NRW mit günstigen Darlehen für Eigennutzer von Wohnungen und für Gewerbetreibende zur Verfügung. Es wird das Ziel verfolgt, weitere Bildungseinrichtungen und Gesundheitseinrichtungen an der Richthofenstraße abzusiedeln. Nach der Fertigstellung der wesentlichen Erschließungsarbeiten für das neue Gewerbegebiet Sky-Park werden die ersten Interessenten beraten. Aber auch die Entwicklung der bestehenden Betriebe im Bereich des Charles-Lindbergh-Rings wird durch Beratung und Bauleitplanung unterstützt.

Desweiteren werden die Belange des Klimaschutzes dauerhaft in alle Bereiche der Stadtplanung und Stadtentwicklung einfließen. Die Überarbeitung des Flächennutzungsplans zum Thema „Windkraftanlagen“ ist hierbei ein wesentlicher Baustein.

1.2 Geoinformationen

Die Führung und Weiterentwicklung der *Kommunalen Geodateninfrastruktur (GDI)* der Stadt Detmold wird auch 2014 ein Schwerpunkt des Produktes „Geoinformationen“ sein. Das Geodatenmanagement, die Organisations- und Programmentwicklung, Support, Systempflege und Schulung von 17 DesktopGIS-Arbeitsplätzen (ArcGis, GeoOffice, QuantumGis), WebGis-Betreuung im Intranet-/Internet (Geodatenportal), Datenerfassung, -pflege, -aufbereitung und -analysen sowie das GeoConsulting sind tägliche Einsatzfelder in diesem Produkt.

Die seit 2009/2010 bestehende interkommunale Zusammenarbeit mit den Städten Lemgo und Minden begleitet das Team GeoService durch Entwicklung, Support und Consulting.

Der Aufbau von Geodateninfrastrukturen (GDI) - die Vernetzung auf allen Ebenen - findet immer mehr Bedeutung und ist zentrale und unverzichtbare Aufgabe einer modernen Verwaltung. Zahlreiche globale (INSPIRE), nationale (GDI-DE, GDI-NRW) und regionale (GDI-OWL, GDI-Lippe) Initiativen basierend auf EU-Richtlinien (INSPIRE) und nationalen Gesetzen (GeoZG) und unterstützt durch die drei kommunalen Spitzenverbände und bundesweiten Koordinierungsstellen zeigen die zunehmende Dynamik auf. Vor diesem Hintergrund wurde die GDI-Detmold 2013 grundlegend überarbeitet und dies wird mit höchster Priorität 2014 fortgesetzt und abgeschlossen werden.

Da sich auch die Oberfläche und Struktur des Geodatenportals für die Anwender grundsätzlich ändern wird, soll 2014 eine breite Anwenderschulung angeboten werden. Dringend erforderlich sind auch klar definierte Vereinbarungen/Verfügungen mit den datenführenden Stellen in den Fachbereichen, um Verantwortungen für die Qualität und Aktualität von Geodaten sicher zu stellen.

Neben den technischen und organisatorischen Aufgaben sowie der Pflege des umfangreichen Geodatenbestandes werden 2014 folgende GIS-Projekte die Arbeit des Teams vorrangig bestimmen:

- Straßenerhaltungsmanagement (FB5)
- Baumkataster (FB7)
- Grünflächeninformationssystem (FB5/7)
- Friedhofsmanagement (FB7)

GIS-Projekte, die 2013 bereits geplant waren, können voraussichtlich auch 2014 aufgrund fehlender Personalressourcen nicht umgesetzt werden:

- 3-D-Visualisierung (CityGML Stadtmodell) in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe GDI-OWL
- Aufbereitung der Einwohnerdaten ab 2000 für das Projekt „Demographische Entwicklung in Detmold“ auf der Grundlage von kleinräumigen Wohnquartieren zu einem strategischen Instrument (Grundlage z. B. für Stadtentwicklung, Schulbedarfsanalysen, Sozialanalysen, Wohnungsmarkt, Bevölkerungsentwicklungen)
- Aufbereitung, Analyse und Darstellung der Daten aus der Erhebung Zensus 2011, die voraussichtlich 2013 vorliegen werden
- Bereitstellung eines Dienstes für Auswertungen, Analysen und Statistiken von raumbezogenen Daten

Die Erstellung von *Planungsgrundlagen* für den Kanal- und Straßenbau sind von den anfallenden Baumaßnahmen anderer Produktgruppen (fachbereichsübergreifend) geprägt. Die Erstellung und Ausarbeitung von *Planungsgrundlagen* in der Bauleitplanung (insbesondere die Festlegungsrisse) richten sich nach der vom Fachausschuss beschlossenen Prioritätenliste.

Die Leistungen in der *Entwurfs- und Bauvermessung* werden von anfallenden Verwaltungsaufgaben fast aller Fachebenen und Projekte geprägt und definieren sich aus den von der Politik vorgegebenen Prioritäten in Zusammenarbeit mit den für die Aufgabenabwicklung zuständigen Fachbereichen.

Neben der notwendigen Datenerfassung für die Erstellung von Planungsgrundlagen für Kanal-, Straßen-, Hochbau- und Bauleitplanung wird das Aufgabenspektrum ergänzt durch vermessungstechnische Überprüfungen und Dokumentation von baurechtswidrigen Tatbeständen, Betreuung von Baumaßnahmen und notwendige koordinierende Arbeiten zwischen Tiefbau, Immobilienmanagement und Bauaufsicht.

Die Vermessung ist bemüht, durch schnelle Verfügbarkeit vor Ort aktuelle Baumaßnahmen zeitnah zu betreuen.

Zum 1. April 2014 wird die Stelle des Vermessungsingenieurs, der in den Ruhestand geht, durch einen neu einzustellenden Vermessungsingenieur besetzt.

1.3 Grünordnungs- und Freiraumplanung

Durch die im Baugesetzbuch geregelten erweiterten rechtlichen Anforderungen an den Umweltschutz und dem Aufgabenbereich der Grün- und Freiflächenplanung ergeben sich folgende Aufgaben:

- Beiträge zum Flächennutzungsplan
- Beiträge zu Bebauungsplänen
- Umweltberichterstattung und –monitoring
- Artenschutzrecht in der Bauleitplanung und im Baugenehmigungsverfahren
- Beiträge zu Fachplänen anderer Behörden
- Landschaftspflegerische Begleitpläne
- Grün- und Freiraumplanung
- Planung, Ausschreibung, Überwachung, Abrechnung von Freianlagen
- Mitwirkung bei Baugenehmigungsverfahren
- Ausgleichsflächenmanagement
- Umsetzung der Baumschutzsatzung (s. Produkt Umweltschutz)
- Energiesparen / Klimaschutz (s. Produkt Umweltschutz)
- Umweltberatung und Öffentlichkeitsarbeit (s. Produkt Umweltschutz)

Die grünplanerischen Fachbeiträge zu den Bebauungsplänen wie Umweltberichterstattung, Eingriffsregelung und das Umweltmonitoring als umfassendes Prüfverfahren werden auch weiterhin mit eigenen Kräften durchgeführt, da sich diese Vorgehensweise als wirtschaftlicher gegenüber externen Vergaben erwiesen hat. Ebenso wird die naturschutzrechtlich geforderte Artenschutzvorprüfung im Team Umweltschutz und Freiraumplanung selbstständig durchgeführt.

Die 2004 aus dem FB 7 in den FB 6 verlagerte Grün- und Freiraumplanung beinhaltet u. a. die Fachplanung für die gesamtstädtische Grün- und Freiflächenversorgung. Sie beinhaltet auch die Planung, Ausschreibung, Überwachung und Abrechnung von Investitionsmaßnahmen für Sport-, Spiel- und sonstige Freianlagen sowie die Überwachung der externen Architektenleistungen. Die zu erbringenden Leistungen im Bereich der Grün- und Freiraumplanung - und hier insbesondere in der Objektplanung - sind abhängig von dem zur Verfügung stehenden Investitionsvolumen und der Auftragsvergabe anderer Fachbereiche.

Es ist vorgesehen, die Baumaßnahme „Parklandschaft Friedrichstal“, 2. Bauabschnitt, im Jahr 2014 fertig zustellen und mit einer Einweihungsveranstaltung der Öffentlichkeit zu präsentieren. Anfang des Jahres 2014 sind noch Restarbeiten durchzuführen und die Maßnahme muss endabgerechnet werden. Entsprechend sind die benötigten Mittel in den Haushalt eingestellt worden (vgl. unter 2. Teilfinanzplan).

Das Wegesystem im Bereich des Flughafengeländes in Hohenloh ist im Jahr 2013 im Zuge einer Ausbildungsmaßnahme durch den TÜV Nord vervollständigt worden. Die endgültige Fertigstellung des „Lehrpfades der Jahresbäume“ soll im Frühjahr 2014 erfolgen.

Die Außenanlagen des Neubaus der Heinrich-Drake-Realschule werden bis zum Beginn des Schuljahres 2014 / 2015 erstellt.

Es sind bereits im Jahr 2013 Untersuchungen und Kostenermittlungen zum Umbau verschiedener Sportanlagen durchgeführt worden. Nachdem entsprechende politische Entscheidungen zur weiteren Vorgehensweise bzgl. der Modernisierung von Sportanlagen getroffen worden sind, ist davon auszugehen, dass weitere Grundlagen zu einzelnen Sportanlagen zu ermitteln sind und auch entsprechende Planungsleistungen anstehen. Nach wie vor ist vorgesehen, den Sportplatz in Hiddesen am Bentweg zu sanieren und ein neues Kleinspielfeld mit Kunstrasenbelag zu bauen.

Im Maßnahmenkatalog zum Stadtentwicklungskonzept (ISEK) ist der Aus- / Umbau der Grün- und Wegeverbindung entlang des Mühlengrabens (Mühlendamm), zwischen Bismarckstraße und Wiesenstraße, vorgesehen.

Auf dem Gelände des Schulzentrums Ost, an der Hornschen Straße, soll ein Bike-Parcours errichtet werden. Ein entsprechendes Konzept und eine Vorplanung sind in Abstimmung mit Jugendlichen erarbeitet worden. Nachdem die Politik der Maßnahme zugestimmt hat und die Finanzierung gesichert ist, kann mit der Umsetzung begonnen werden.

Wie auch in den vorangegangenen Jahren, ist eine Betreuung / Überwachung der städtischen Ausgleichsflächen erforderlich. Eine kontinuierliche Pflege der vorhandenen Ausgleichsflächen muss gewährleistet sein, Ersatzmaßnahmen sind zu planen und zu koordinieren.

Die Herrichtung der Ausgleichsflächen im Bebauungsplangebiet „Gilde-Nord“ ist im vergangenen Jahr abgeschlossen worden. Die an eine Fachfirma vergebenen Pflegeleistungen sind weiterhin zu überwachen und abzurechnen.

Im Bebauungsplangebiet „Munitionsdepot“ in Hohenloh sind die Leistungen für die Herrichtung der Ausgleichsflächen ausgeschrieben und vergeben worden. Der größte Teil der zu erbringenden Leistungen (Pflanz- und Pflegearbeiten) erfolgt im Jahr 2014.

1.4 Bauordnung und Bauaufsicht

Im Bereich des Produkts erfolgen die Leistungen der Bauordnung und Bauaufsicht, des „Gewerbelotsen“, die Prüfung der gesicherten Erschließung sowie die statische Prüfung.

Im Produkt „Bauordnung und Bauaufsicht“ ist die Anzahl der Bauanträge seit dem Jahr 1999 auf ungefähr gleich bleibendem Niveau.

- Der Trend geht weg vom Neubau von Einfamilienhäusern, hin zum Erwerb von vorhandenen Gebrauchtimmobilen und An- bzw. Umbauten sowie energetische Sanierung für den jeweiligen persönlichen Bedarf. Die Zahl der untergeordneten baulichen Anlagen, wie Carports, Schuppen etc. wird gegenüber 2013 ansteigend sein.
- In der Summe der Bauanträge und Verfahren wird damit gerechnet, das Niveau von 2013 zu erreichen.

Für die Beurteilung von Bauvorhaben sind unterschiedliche Informationen (z. B. Bebauungspläne, Kanalkarten, Flächennutzungsplan, Altlastenkataster, etc.) notwendig. Diese unterschiedlichen Informationen werden im Geoinformationssystem der Stadt Detmold in digitalen Karten zur Verfügung gestellt. Durch die laufende Erweiterung dieses Geoinformationssystems ist erreicht worden, die für die Beurteilung eines Bauvorhabens notwendigen Informationen weitgehend am Arbeitsplatz bereitzustellen, sofern nicht externe Behörden innerhalb des Baugenehmigungsverfahrens beteiligt werden müssen.

Infolgedessen hat sich die Dauer der Baugenehmigungsverfahren gegenüber früher erheblich verringert und befindet sich auf einem guten Niveau.

- Das Ziel, im Bereich Vor- und Baubescheide nach Eingang vollständiger, prüffähiger Antragsunterlagen die Laufzeit des Genehmigungsverfahrens ohne externe Beteiligung auf sieben Tage zu begrenzen, wird weiter verfolgt.
- Bei der notwendigen Beteiligung externer Behörden innerhalb des Baugenehmigungsverfahrens soll entsprechend die Laufzeit von sechs Kalenderwochen nicht überschritten werden.
- Dieses Ziel hat auch Berücksichtigung gefunden in einer Zielvereinbarung zur Beschleunigung von gewerblichen Bauvorhaben, die der Kreis Lippe unter der Beteiligung der Städte und Gemeinden im Kreis Lippe aufgestellt hat. Diese Zielvereinbarung haben neben den Städten und Gemeinden auch eine Vielzahl von Behörden, die innerhalb des Baugenehmigungsverfahrens beteiligt werden, unterschrieben. Unter anderem hat diese Zielvereinbarung zum Inhalt, Beteiligungsfristen festzuschreiben und die Kommunikation mit den Bauherren und Entwurfsverfassern

zu beschleunigen. Eine Auswertung hat noch nicht stattgefunden; allerdings hat diese Zielvereinbarung zu einer Beschleunigung der Bearbeitung von gewerblichen Bauanträgen geführt.

1.5 Bau- und Grundstücksservice

Das Produkt „Bau- und Grundstücksservice“ wurde im Jahre 2008 mit der Einführung des NKF aus den bisherigen Produkten „Gefahrenabwehr und baurechtliche Verfahren, Baulasten, Vorkaufsrechte, Grundstücksteilungen und -bezeichnungen“ sowie dem Projekt „Digitalisierung Bauarchiv“ gebildet. Bereits 2006 wurden wegen der Aussetzung des Widerspruchsverfahrens nach § 3 Bürokratieabbaugesetz Leistungsumfang und Kennzahlen im Bereich „Gefahrenabwehr und baurechtliche Verfahren“ geändert; weitergehende Änderungen werden für 2014 nicht erwartet.

Im Bereich „Baulasten“ ist die Anzahl der Eintragungen auch in Zukunft abhängig von der Anzahl der Baugenehmigungen und der Grundstücksteilungen. Bemerkenswerte Veränderungen gegenüber dem Vorjahr werden nicht erwartet. Wie bei den Bauakten werden auch in diesem Aufgabenbereich die Akten nach abgeschlossener Bearbeitung sofort digitalisiert. Im Arbeitsbereich „Grundstücksteilungen, Vorkaufsrechte, Hausnummern und Straßenbenennungen“ werden ebenfalls keine gravierenden Änderungen erwartet.

Nach dem Abschluss der Digitalisierung des Bauarchivs werden seit Mitte 2013 die nicht archivierungswürdigen Altakten bei Interesse an die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer abgegeben. Diese Aktion wird bis ins Jahr 2014 andauern. Die aktuell abgeschlossenen Akten werden als Geschäft der laufenden Verwaltung vom „Stammpersonal“ des Bauarchivs digitalisiert. Auch der Fachbereich 5 nutzt weiterhin die Scanner, um die Kanalakten zu digitalisieren.

1.6 Wohnungsbauservice

Im Jahre 2007 hat der Kreis Lippe die Aufgaben als Bewilligungsbehörde für Wohnraumfördermittel im gesamten Kreisgebiet übernommen. Seit diesem Zeitpunkt übt die Stadt Detmold im Bereich des öffentlich geförderten Wohnungsbaus eine Beratungsfunktion aus und gibt außerdem im Mietwohnungsbau als Bauortgemeinde die wohnungswirtschaftliche Stellungnahme zur Bedarfssituation ab, die Voraussetzung für eine Förderung ist.

Seit 2010 wird die Höhe der Fördermittel in NRW wegen des niedrigen Zinsniveaus am freien Kapitalmarkt kontinuierlich angepasst und das Förderrecht stärker auf einkommensschwache Haushalte ausgerichtet. Die daraus resultierende Entwicklung zeigt insgesamt weiterhin zurückgehende Bewilligungsquoten, einzig die Förderung von Wohnraum für Studenten genießt derzeit besondere Aufmerksamkeit. Für 2014 werden keine Veränderungen erwartet.

Im Bereich Wohnungsbindung wird ein leichter Anstieg der Leistungsumfänge gegenüber dem Vorjahresniveau erwartet, es besteht aber weiterhin eine entspannte Lage auf dem Wohnungsmarkt.

1.7 Denkmalschutz und Denkmalpflege

Zusätzlich zu den gesetzlichen Pflichtaufgaben hat sich die Stadt Detmold durch den Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft „Programm Historischer Stadtkerne in NRW“ verpflichtet, alle historischen Gebäude aus dem Kulturgutverzeichnis zeitnah auf den Denkmalwert zu prüfen und gegebenenfalls in die Denkmalliste einzutragen.

Von den 1.045 baulichen Objekten dieses Verzeichnisses sind von 1980 bis August 2013 947 Objekte auf ihren Denkmalwert überprüft worden, 683 davon sind als Baudenkmal in die Denkmalliste eingetragen worden. In 2014 werden voraussichtlich weitere 30 Objekte auf ihren Denkmalwert geprüft, davon erfüllen erwartungsgemäß ein Drittel die Voraussetzungen der Eintragung in die Denkmalliste.

Von Seiten der Denkmaleigentümer, Architekten und Bauhandwerker besteht eine große Nachfrage nach Beratungen bezüglich der Erlaubnisfähigkeit bei Veränderungen der Fördermöglichkeiten und Steuervergünstigungen. Diese Leistungen erfordern einen hohen Zeitaufwand, der durch ein qualitativvolles Ergebnis am Baudenkmal und durch die positive Resonanz der Beteiligten gerechtfertigt ist.

Das altbewährte Förderprogramm Stadtpauschale kann leider nicht mehr angeboten werden, weil die Landesregierung dieses Förderprogramm nicht mehr anbietet.

1.8 Umweltschutz

Folgende Tätigkeitsschwerpunkte sind im Produkt Umweltschutz zu nennen:

- Energiesparen und Klimaschutz

Angesichts des Stockens der Bemühungen um Klimaschutz auf internationaler Ebene ist gerade auf kommunaler Ebene weiterhin Engagement gefordert. Dem wird Detmold durch das Klimaschutzkonzept gerecht, das 2013 unter Beteiligung des Klimabeirates aktualisiert und weiterentwickelt worden ist. Dessen weitere Umsetzung ist Aufgabe für die kommenden Jahre. Neben Maßnahmen im direkten Einflussbereich der Stadt, d. h. insbesondere am eigenen Gebäudebestand, gilt es, eine große Breitenwirkung zu erreichen. Schwerpunkte bilden dabei:

1. die Betreuung des 2010 neu gebildeten Klimabeirates mit dessen Hilfe einerseits externer Fachverband für den kommunalen Klimaschutz genutzt werden kann, mit dem andererseits der Gedanke des Klimaschutzes weiter verbreitet werden soll.
2. die Beteiligung der Stadt Detmold am European Energy Award[®], einem in vielen Kommunen erprobten Controllinginstrumentes zur Bewertung des städtischen Klimaschutzes durch ein verwaltungsinternes „Energieteam“ (mit Unterstützung durch Stadtwerke und SVD). Die Stadt Detmold wurde im Oktober 2012 extern auditiert und erhielt den European Energy Award.
3. Angesichts des hohen Sparpotentials bleibt der Energieverbrauch in Gebäuden auch in Zukunft von großer Bedeutung für einen erfolgreichen Klimaschutz. Neben Maßnahmen im Neubau (Beratung, verstärkte Bemühungen um Einhaltung von Wärmeschutzvorschriften) hat der Gebäudebestand eine hohe Bedeutung (Beratung und Öffentlichkeitsarbeit, Förderprogramm nachträgliche Wärmedämmung; gezielte Aktionen wie z. B. Thermografie). Ein Schwerpunkt 2014 wird die energetische Sanierung des denkmalgeschützten VHS-Gebäudes Krumme Straße 20 als gefördertes Demonstrationsprojekt sein. Während der Sanierung wird es Informationen, Baustellenbesichtigungen, Fachvorträge und Seminare / Workshops geben, um interessierten Besuchern und Gebäudeeigentümern die Möglichkeiten und Chancen der energetischen Sanierung zu zeigen.
4. Darüber hinaus ist es wünschenswert, auch den Verkehr als großen Energieverbraucher weiter in Richtung Klima-, Umwelt- und Stadtverträglichkeit zu optimieren. Das dazu 2013 umgesetzte Klimaschutzteilkonzept Verkehr (federführend Fachbereich 5) wird ab 2014 umgesetzt werden.

- Umweltberatung und Öffentlichkeitsarbeit

Kommunikation erfolgt immer stärker über neue Medien; deshalb werden die Internetseiten des FB 6 im Allgemeinen und des Bereichs Umweltschutz im Besonderen laufend optimiert, ausgebaut und aktualisiert. Die hohe Akzeptanz des Mediums gerade bei Jugendlichen wird zunehmend für die Umweltbildung genutzt.

- Umsetzung der Baumschutzsatzung

Die Anzahl von Anträgen nach Baumschutzsatzung ist seit Jahren auf etwa gleich bleibendem Niveau, ebenso das Verhältnis von positiven und negativen Bescheiden. Einerseits kann durch bürgerfreundliche Handhabung ein Großteil der Anträge im Sinne der Antragsteller beschieden werden; andererseits gelingt es alljährlich, vor allem durch Beratung im Vorfeld, mehrere Dutzend Bäume zu erhalten. Dadurch, sowie durch Ersatzpflanzungen und gezielte Baumpflanzaktionen mit Hilfe von Ersatzgeldern, wird das Ziel der Baumschutzsatzung verwirklicht: die „Erhaltung eines artenreichen Baumbestandes“ „zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes“ sowie zur „Verbesserung des Stadtklimas und der ... Belebung, Gliederung und Pflege des Ortsbildes ...“ (§ 1 Abs. 2 BaumSchS). Die Bearbeitung der Anträge zur Baumschutzsatzung wird mit Hilfe von Online- Formularen weiter vereinfacht und verkürzt.

II. Teilergebnisplan und Teilfinanzplan

1. Teilergebnisplan

Im Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) wird der geplante Werteverzehr periodengerecht im gesamtstädtischen Ergebnisplan und in fachbereichsbezogenen Teilergebnisplänen dargestellt. Nach Ablauf des Haushaltsjahres werden die Ergebnisse in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

1.1 Übersicht

Das „Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit“ des Fachbereichs Stadtentwicklung ist laut Haushaltsbeschluss für 2014 im Teilergebnisplan mit rd. minus 3.245.800 € geplant; der Zuschussbedarf 2014 ist damit mit der Planung 2013 nahezu identisch (rd. 300 € Abweichung).

Ergänzt um den negativen Saldo von rd. minus 465.900 € aus internen Leistungsbeziehungen ergibt sich ein geplantes Gesamtergebnis 2014 (= Zuschussbedarf) von rd. minus 3.711.750 € und liegt damit rd. 16.200 € (rd. 0,4 %) über dem Plan 2013.

1.2 Erträge

Als „ordentliche Erträge“ sind für 2014 für den Fachbereich Stadtentwicklung rd. 1.109.700 € geplant. Gegenüber der Planung 2013 sind dies rd. 288.600 € / rd. 35,1 % mehr.

Vergleichender Hinweis: Ohne Berücksichtigung der Ertragsposition „Zuwendungen und allgemeine Umlagen“ - i. H. v. rd. 621.600 € Plan 2012, rd. 292.800 € Plan 2013, rd. 613.600 € Plan 2014 - die besonderen Schwankungen unterliegt, ergibt sich gegenüber der Planung 2013 eine geplante Ertragsminderung von rd. minus 32.200 € (rd. - 6,1 %).

Im Einzelnen sind für 2014 folgende Erträge geplant:

Zuwendungen und allgemeine Umlagen i. H. v. rd. 613.600 €

- Hierunter fallen insbesondere die geplanten Zuweisungen des Landes in Höhe von 384.000 € zum integrierten Stadtentwicklungskonzept der Stadt Detmold (ISEK) (vgl. Erläuterungen unter Produkt Städtebauliche Planung).
- Für 2014 werden rd. 147.200 € (70 %) Landes-/Bundes-Förderung für die Fördermaßnahme im Bereich Stadtumbau West Hohenloh-Richthofenstraße in die Planung aufgenommen (vgl. Erläuterungen unter 1.3 bei Transferaufwendungen).
- Für das bisherige Programm „Historischer Stadtkern – private Haus- und Hofflächen“ (jetzt ISEK Nr. 1.4 "Profilierung und Standortaufwertung") werden 60.000 € Landesförderung erwartet.
- Als Landeszuwendung für den Mitgliedsbeitrag URBANES-Netzwerk (s. Produkterläuterung 600.100) werden 6.200 € in der Planung berücksichtigt.
- Für Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes werden 3.700 € Bundes-Zuwendung geplant.

- Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte i. H. v. rd. 363.400 €

Hierunter fallen z. B. geplante Baugenehmigungsgebühren (300.000 €), Verwaltungsgebühren für Baulasten (8.000 €) und im Bereich Teilungen sowie Vorkaufsrechtsprüfungen (22.000 €).

- Kostenerstattungen und Kostenumlagen i. H. v. rd. 32.200 €

Dies betrifft beispielsweise erwartete Kostenerstattungen Privater für beantragte Bauleitplanung oder Erstattungen der Städte Minden und Lemgo für Leistungen des GeoServices.

- Sonstige ordentliche Erträge i. H. v. 16.100 €

Hierunter fallen geplante Bußgelder (10.000 €) und Ausgleichszahlungen nach der Baumschutzsatzung (6.000 €).

- Aktivierte Eigenleistungen i. H. v. 84.000 €

Aktivierte Eigenleistungen werden entsprechend der Gemeindehaushaltsverordnung NRW dann gebucht, wenn Ingenieure des Fachbereichs Stadtentwicklung durch Planungs-Leistungen nach HOAI an der Schaffung von Anlagevermögen der Stadt Detmold (z. B. Gebäuden, Straßen, Kanälen) mitwirken. Diese Leistungen werden innerhalb der Stadt Detmold verrechnet.

HOAI-Leistungen des Produktes 009.600.100 Städtebauliche Planung werden erfasst, können jedoch aufgrund der Vorgaben der Gemeindehaushaltsverordnung nicht dem Anlagevermögen hinzugerechnet werden.

Separat dazugerechnet werden die geplanten Erträge aus internen Leistungsbeziehungen i. H. v. 11.000 €, insbesondere für Verrechnung von Ingenieurleistungen im Bereich der Unterhaltung von Spiel- und Sportplätzen.

1.3. Aufwendungen

Die geplanten „Ordentlichen Aufwendungen“ betragen für 2014 für den Fachbereich Stadtentwicklung rd. 4.362.100 € und liegen damit rd. 288.900 € / 7,1 % über dem Plan 2013. Die Steigerungen liegen hauptsächlich im Bereich der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (siehe dort).

Die geplanten Personalaufwendungen i. H. v. rd. 3.245.500 € liegen rd. 20.300 € (0,63 %) über dem Plan 2013 und stellen mit rd. 74,4 % der „Ordentlichen Aufwendungen“ den größten Kostenblock dar.

Weitere geplante Aufwendungen sind:

- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen i. H. v. rd. 544.850 €

Unter diese Position fallen die Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Einrichtungsgegenstände, Anwalts- und Gerichtskosten, Ersatzvornahmen sowie Untersuchungen, Gutachten und Fachpläne für Bauleitpläne.

Die Steigerung um 456.100 € gegenüber dem Plan 2013 ergibt sich insbesondere aus der Planung der Umsetzung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) im Bereich Städtebauliche Planung.

Im Rahmen der so genannten „Änderungsliste“ wurden 20.000 € für „Untersuchungen, Gutachten und Fachpläne für Bauleitpläne“ (Einzelhandelskonzept Ernst-Hilker-Straße / Kaufland) aus 2013 nach 2014 übertragen.

- Bilanzielle Abschreibungen i. H. v. rd. 16.800 €

- Transferaufwendungen i. H. v. rd. 478.700 €

Hierzu zählen

- 210.300 € Zuschuss Fördermaßnahme Bereich Stadtumbau West Hohenloh – Richthofenstraße
Wie in den Erläuterungen der Beschlussvorlage Fb 6/041/2012 (SEA 15.02.2012, Rat 01.03.2012) dargestellt, wurden zwischenzeitlich die Förderrichtlinien geändert. Die Planung wurde für 2014 -2016 aktualisiert und angepasst.
- rd. 75.000 € für das bisherige Programm „Historischer Stadtkern – private Haus- und Hofflächen“ (jetzt ISEK Nr. 1.4 "Profilierung und Standortaufwertung"): Der Fördersatz des Landes erhöhte sich von 70 %, auf 80 %; die geplanten Erträge und Aufwendungen wurden entsprechend angepasst.
- rd. 89.200 € Honorar an Niedrig-Energie-Institut (NEI)
Das Honorar wurde seinerzeit nach Beratung im Haupt- u. Finanzausschuss für das Haushaltsjahr 2008 um 20.000 € von 56.000 € auf 76.000 € erhöht. Der Erhöhungsbetrag wird jetzt weiter für die Jahre 2014 ff. unter der Einbeziehung der Honorar-Anpassungsklausel im NEI-Vertrag (Berücksichtigung von allgemeinen Tarifierhöhungen) (2014 (rd. 89.200 €), 2015 (rd. 90.100 €) und 2016 (rd. 91.000 €)) fortgeschrieben.

- rd. 62.800 € Abwicklung Detmolder Förderprogramme über NEI
Die für die Abwicklung des Detmolder Förderprogramms (zur Wärmedämmung) über NEI bereitgestellten Mittel wurden seinerzeit nach Beratung im HFA für das Haushaltsjahr 2008 um 40.000 € von 40.903 € auf 80.903 € erhöht. Dieser Erhöhungsbetrag wurde zunächst als Mittelanmeldung für die Haushaltsjahre 2010 ff. fortgeschrieben. Aufgrund der Empfehlung der Perspektivkommission 2020 wurde dieser Ansatz für 2010 ff. um 10 % (minus 8.090 €) auf 72.813 € gesenkt und durch Haushaltsbeschluss 2011 gegenüber der Mittelanmeldung um weitere 10.000 € auf 62.813 € gesenkt. Dieser Betrag wurde für 2014 ff. fortgeschrieben.
- 17.000 € Projektkostenzuschuss Rolfscher Hof (bis 2009: 19.800 €)
Aufgrund der Empfehlung der Perspektivkommission 2020 wurde der Ansatz für 2010 ff. um 10 % (minus 1.980 €) auf 17.820 € gesenkt und durch Haushaltsbeschluss 2011 auf 17.000 € jährlich festgesetzt (weitere Senkung wegen evtl. Landesförderung derzeit nicht gegeben).
- 12.500 € Aufwand im Zusammenhang mit der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Detmold)
Zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes und Ausweitung der Energieberatung hat der Rat am 24.09.2009 die befristete dreijährige Einstellung einer Mitarbeiterin / eines Mitarbeiters beschlossen. Die Stelle der Klimaschutzmanagerin ist seit Mai 2011 mit halbem Stellenumfang besetzt (vgl. auch Produkterläuterungen zu 620.100).
- Für den Mitgliedsbeitrag URBANES-Netzwerk (s. Produkterläuterung 600.100) werden 7.750 € in der Planung berücksichtigt.

- „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ i. H. v. rd. 76.200 €

Hierunter fallen insbesondere die Aufwendungen für:

- Büro- und Geschäftsbedarf und Drucksachen
- Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzes
- Öffentliche Bekanntmachungen
- Fachbereichsspezifische Öffentlichkeitsarbeit

Die Umsetzung der Online-Energieberatung (gehört zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes) wird aufgrund der bereits bestehenden Angebote im Internet nicht weiter verfolgt.

Dazu zu rechnen sind noch separat ausgewiesene rd. 476.900 € Aufwendungen aus Internen Leistungsbeziehungen für IT-Service, Gebäudemanagement, Personalnebenkosten, Personalservice, Stadtkasse, Internen Dienstbetrieb, Postgebühren, Fernsprecher, Büro- und Geschäftsbedarf sowie Telefon-Service-center (ab 2011). Die auf die Fachbereiche umgelegten Aufwendungen aus Internen Leistungsbeziehungen sind für die einzelnen Fachbereiche nur in eingeschränktem Maße beeinflussbar.

1.4. Leistungsangebot

Trotz des in den vergangenen Jahren erfolgten erheblichen Konsolidierungsbeitrages des Fachbereichs Stadtentwicklung bemüht sich die Verwaltung, das Leistungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger zu erhalten. Um die Einschränkungen im Leistungsangebot aufzufangen, wurde z. B. das Internetangebot für Bürgerinnen und Bürger ausgebaut und wird fortlaufend verbessert.

2. Teilfinanzplan

Ergänzend zum gesamtstädtischen Ergebnisplan und fachbereichsbezogenen Teilergebnisplänen werden im System des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) auch ein gesamtstädtischer Finanzplan sowie fachbereichsbezogene Teilfinanzpläne erstellt. Die Finanzplanung bezieht sich auf die geplanten Einzahlungen und Auszahlungen und bildet damit Veränderungen des Geldvermögens der Kommune ab. Hieraus ergibt sich ein direkter Bezug zur Bilanz der Stadt Detmold. In der Finanzplanung werden damit auch die Ausgaben für geplante Investitionen abgebildet.

Für den Fachbereich Stadtentwicklung sind für das Planjahr 2014 und die drei Folgejahre 2015-2017 hier insbesondere folgende investive Maßnahmen zu nennen:

- Projekt Parklandschaft Friedrichstal, II. Bauabschnitt
(Produkt 009.600.300 Grünordnungs- und Freiraumplanung)

Wie unter 1.3 beschrieben, soll die Maßnahme „Parklandschaft Friedrichstal“, 2. Bauabschnitt, im Jahr 2014 fertig gestellt werden. Der Haushaltsansatz 2014 wurde durch Ratsbeschluss aktualisiert:

- Die Einzahlungen aus Zuwendungen sind in 2014 mit 150.000 € geplant; dies bedeutet gegenüber der bisherigen Planung eine Senkung um 23.900 € aufgrund bereits vorzeitig eingegangener Einzahlungen.

- Die Auszahlungen sind für 2014 mit insgesamt 190.000 € geplant. Im Plan berücksichtigt wurden dabei 255.000 € vorgezogene Mittel aus 2014 (vgl. Drucksache Fb 6/347/2013), eine Übertragung aus dem Haushaltsansatz 2013 in Höhe von 40.000 € sowie eine Übertragung aus überplanmäßigen Mitteln aus 2013 in Höhe von 150.000 € (vgl. Drucksache Fb 6/389/2013). Gegenüber dem ursprünglichen Ansatz 2014 i. H. v. 255.000 € liegt der aktualisierte Plan 2014 i. H. v. 190.000 € um 65.000 € niedriger.

- Komplettierung Fußwegeverbindung Hohenloh
(Produkt 009.600.300 Grünordnungs- und Freiraumplanung)

15.000 € wurden im Rahmen der so genannten Änderungsliste aus 2013 nach 2014 übertragen für die Fertigstellung des „Lehrpfades der Jahresbäume“.

- jährlicher Investitionszuschuss zum Naturschutzprojekt Senne rd. 14.400 € (wie Vorjahre)

Für Einzahlungen aus der Ablösung von Stellplatzverpflichtungen werden für 2014 5.000 € geplant. Aus Rückflüssen aus Darlehen im Bereich Wohnungsbau werden rd. 16.800 € erwartet.

Weitere Einzelheiten sind den Erläuterungen zu den einzelnen Produkten zu entnehmen.

Ziele

- Detmold zeigt eine nachhaltige und familienfreundliche städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen, natur- und umweltschützenden Anforderungen sowie die Anforderungen des Denkmal- und Klimaschutzes auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung gewährleistet.

- Baulandreserven im Innenbereich sowie Brachflächen werden planerisch mobilisiert und dienen somit langfristig der Infrastrukturausstattung und dem Freiraumschutz.

- Die wirtschaftliche Entwicklung in Industrie, Gewerbe und Handel ist zu fördern, indem bestehende Firmen unterstützt und ein nachfragegerechtes Angebot an gewerblichen Baugrundstücken für die Neuansiedlung bzw. Erweiterung gewerblicher Unternehmen zur Verfügung gestellt wird. Die Ansiedlung auf Gewerbebrachen hat Vorrang vor der Ausweisung von Gewerbegrundstücken im Außenbereich.

- Die Detmolder Bevölkerung wird umfassend über Planungen und Bauvorhaben, auch unter Einsatz moderner Informationstechnologien, informiert.

- Die Attraktivität der Einkaufsstadt Detmold wird gesteigert, auch durch die Unterstützung privater Initiativen zur Ansiedlung großflächigen Einzelhandels in der Innenstadt.

- Die Aufenthaltsqualität von öffentlichen Freiräumen wird erhalten und verbessert.

Teilergebnisplan	vorl. Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
Ertrags- und Aufwandsarten in €	2012	2013	2014	2015	2016	2017
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	181.433,65	292.800	613.623	370.398	278.453	110.893
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	367.485,83	399.100	363.400	363.400	363.400	363.400
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	992,00	400	400	400	400	400
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	24.684,79	30.710	32.200	32.200	32.200	32.200
+ Sonstige ordentliche Erträge	26.090,00	11.100	16.100	16.100	16.100	16.100
+ Aktivierte Eigenleistungen	73.312,99	87.000	84.000	84.000	84.000	84.000
= Ordentliche Erträge	673.999,26	821.110	1.109.723	866.498	774.553	606.993
- Personalaufwendungen	3.051.538,82	3.225.195	3.245.498	3.246.102	3.259.744	3.292.351
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	34.862,91	88.750	544.850	284.850	144.850	84.850
- Bilanzielle Abschreibungen	16.114,20	13.999	16.790	15.553	14.175	13.199
- Transferaufwendungen	242.291,69	624.988	478.683	398.903	428.453	258.553
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	106.415,60	120.220	76.240	64.440	64.440	64.440
= Ordentliche Aufwendungen	3.451.223,22	4.073.152	4.362.061	4.009.848	3.911.662	3.713.393
= Ordentliches Ergebnis	-2.777.223,96	-3.252.042	-3.252.338	-3.143.350	-3.137.109	-3.106.400
+ Finanzerträge	7.077,72	6.500	6.500	6.500	6.500	6.500
= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-2.770.146,24	-3.245.542	-3.245.838	-3.136.850	-3.130.609	-3.099.900
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	11.299,92	11.000	11.000	11.000	11.000	11.000
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	455.244,54	493.454	476.914	477.719	485.283	492.017
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-443.944,62	-482.454	-465.914	-466.719	-474.283	-481.017
= Ergebnis	-3.214.090,86	-3.727.996	-3.711.752	-3.603.569	-3.604.892	-3.580.917

Teilfinanzplan	vorl. Ergebnis	Ansatz	Ansatz	VE	Planung	Planung	Planung
Ein- und Auszahlungsarten in €	2012	2013	2014	2014	2015	2016	2017
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	82.063,65	292.200	608.930	0	365.705	273.760	106.200
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	367.593,09	399.100	363.400	0	363.400	363.400	363.400
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	938,50	400	400	0	400	400	400
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	14.258,07	30.710	32.200	0	32.200	32.200	32.200
+ Sonstige Einzahlungen	16.805,00	11.100	16.100	0	16.100	16.100	16.100

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Zinsen und ähnliche Einzahlungen	7.085,40	6.500	6.500	0	6.500	6.500	6.500
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	488.743,71	740.010	1.027.530	0	784.305	692.360	524.800
- Personalauszahlungen	2.769.664,92	2.984.853	2.982.867	0	3.007.543	3.037.737	3.068.125
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	30.927,65	88.050	542.850	0	282.850	142.850	82.850
- Transferauszahlungen	259.473,69	666.432	493.127	0	413.347	442.897	272.997
- Sonstige Auszahlungen	118.511,16	120.220	76.240	0	64.440	64.440	64.440
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.178.577,42	3.859.555	4.095.084	0	3.768.180	3.687.924	3.488.412
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-2.689.833,71	-3.119.545	-3.067.554	0	-2.983.875	-2.995.564	-2.963.612
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	83.200,00	466.800	155.000	0	5.000	5.000	5.000
+ Sonstige Investitionseinzahlungen	33.268,53	22.500	16.800	0	11.800	11.800	11.800
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	116.468,53	489.300	171.800	0	16.800	16.800	16.800
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	62.934,99	938.000	205.000	0	0	0	0
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	3.385,35	25.350	3.000	0	3.000	3.000	3.000
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	66.320,34	963.350	208.000	0	3.000	3.000	3.000
= Saldo aus Investitionstätigkeit	50.148,19	-474.050	-36.200	0	13.800	13.800	13.800
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit	-2.639.685,52	-3.593.595	-3.103.754	0	-2.970.075	-2.981.764	-2.949.812
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Finanztätigkeit	-2.639.685,52	-3.593.595	-3.103.754	0	-2.970.075	-2.981.764	-2.949.812

Kurzbeschreibung

- Informelle Planungen, Konzepte und Zielformulierungen für die zukünftige räumliche Entwicklung der Gesamtstadt und ihrer Teilbereiche.
- Flächennutzungsplanung auf der Grundlage der geplanten städtebaulichen Entwicklung als vorbereitender Bauleitplan für das gesamte Stadtgebiet mit Darstellung der beabsichtigten Bodennutzung
 - Bebauungspläne als verbindliche Bauleitpläne und städtebauliche Satzungen für kleinräumige Bereiche des Stadtgebietes mit rechtsverbindlicher Festsetzung für die städtebauliche Ordnung und Bodennutzung.
- Schalltechnische Gutachten, Lärminderungspläne
- Betreuung passiver Lärmschutzmaßnahmen
- Steuerung der Stadterhaltung und -gestaltung im Sinne der erhaltenden Stadterneuerung durch Ortssatzungen, Rahmenpläne, Beratungen, Förderungen, Stellungnahmen, Öffentlichkeitsarbeit

Ziele

Die Städtebauliche Planung soll eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen, natur und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung gewährleisten.

Sie soll dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln, auch in Verantwortung für den allgemeinen Klimaschutz, sowie die städtebauliche Gestaltung und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln (§ 1 Abs. 5 BauGB).

Die Siedlungsfläche des Detmolder Stadtgebietes soll im Rahmen der Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung entwickelt werden.

Auftragsgrundlage

Baugesetzbuch,
 sonstige Fachgesetze,
 Ratsbeschlüsse,
 Beschlüsse des Fachausschusses,
 Prioritätenliste Bauleitplanung,
 Vorgaben der Verwaltungsführung

Zielgruppe

Alle Bürger/innen, Grundstückseigentümer und -nutzer, Vorhabenträger,
 durch Lärmimmissionen Betroffene, Architekten und Planer, politische und andere gesellschaftliche Gruppierungen, Institutionen und Behörden,
 Eigentümer, Mieter u. Pächter v. Gebäuden im Bereich v. Satzungen, v. erhaltenswerten Gebäuden, v. kulturlandschaftsprägenden Gebäuden und von landwirtschaftlich genutzten Gebäuden

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Stellen	Anz.	10,36	10,52	9,52	–	–	–

Leistungen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Änderung des Flächennutzungsplanes	Anz.	4	5	4	–	–	–
Beratungen und Stellungnahmen	Anz.	46	50	50	–	–	–
Projekt Hohenloh Abstimmung mit Fachbereichen und Fachbehörden	Std.	52	50	50	–	–	–
Beratung von Nutzungsinteressenten	Std.	148	150	150	–	–	–
Bearbeitung von Bebauungsplänen	Anz.	73	50	60	–	–	–

Leistungen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Satzungen gem. § 34 BauGB und § 35 BauGB	Anz.	2	2	1	-	-	-
Betreuung Vorhaben- und Erschließungspläne	Anz.	8	6	3	-	-	-
Betreuung Bebauungspläne Dritter	Anz.	9	6	5	-	-	-
städtebauliche Verträge	Anz.	4	5	6	-	-	-
städtebauliche Rahmenpläne, Konzepte und Gutachten	Anz.	26	30	15	-	-	-
Anzahl der schalltechnischen Gutachten	Anz.	10	15	12	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Summe erbrachter Leistungen nach HOAI	€	713.150	740.200	745.500	-	-	-
Anzahl aktuell in Bearbeitung befindlicher Bebauungsplan- und Satzungsverfahren	Anz.	100	74	79	-	-	-
Deckungsgrad Aufwand zu Leistung nach HOAI	%	96	85	85	-	-	-
ermöglichtes Investitionsvolumen durch Bauleitplanung pro Jahr	€	11.000.000	20.000.000	40.000.000	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	10.424,34	0	399.450	207.650	47.650	47.650
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	187,55	500	500	500	500	500
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.218,37	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
= Ordentliche Erträge	15.830,26	15.500	414.950	223.150	63.150	63.150
- Personalaufwendungen	708.384,86	806.200	757.082	764.620	772.225	779.907
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.145,67	66.150	520.250	260.250	60.250	60.250
- Bilanzielle Abschreibungen	5.739,00	5.739	8.620	8.620	7.820	7.630
- Transferaufwendungen	1.533,88	1.550	9.300	9.300	9.300	9.300
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	9.470,31	11.450	13.920	13.920	13.920	13.920
= Ordentliche Aufwendungen	734.273,72	891.089	1.309.172	1.056.710	863.515	871.007
= Ordentliches Ergebnis	-718.443,46	-875.589	-894.222	-833.560	-800.365	-807.857
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	95.637,73	109.770	108.790	109.120	110.730	112.230
= Ergebnis	-814.081,19	-985.359	-1.003.012	-942.680	-911.095	-920.087

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	10.424,34	0	398.000	0	206.200	46.200	46.200
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	206,80	500	500	0	500	500	500
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	5.218,37	15.000	15.000	0	15.000	15.000	15.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	15.849,51	15.500	413.500	0	221.700	61.700	61.700
- Personalauszahlungen	696.360,85	791.200	742.765	0	750.197	757.698	765.274
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	9.252,77	66.150	520.250	0	260.250	60.250	60.250
- Transferauszahlungen	13.972,88	15.994	23.744	0	23.744	23.744	23.744
- Sonstige Auszahlungen	9.099,83	11.450	13.920	0	13.920	13.920	13.920
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	728.686,33	884.794	1.300.679	0	1.048.111	855.612	863.188

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-712.836,82	-869.294	-887.179	0	-826.411	-793.912	-801.488
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	119,00	0	0	0	0	0	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	119,00	0	0	0	0	0	0
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-712.955,82	-869.294	-887.179	0	-826.411	-793.912	-801.488

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Erläuterungen

Das Produkt "Städtebauliche Planung" beinhaltet die Bereiche "Stadtplanerische Leistungen" und "Stadtbilderneuerung und Ortsbildpflege".

Das im Jahr 2013 von Verwaltung und Politik zum Abschluss gebrachte "Integrierte Stadtentwicklungskonzept der Stadt Detmold" bildet eine wichtige Grundlage für die Arbeitsschwerpunkte des Produkts Städtebauliche Planungen.

Viele der dort aufgeführten Maßnahmen werden ab 2014 interdisziplinär team- und fachbereichsübergreifend abgearbeitet.

Das Team Städtebauliche Planungen wird sich hierbei sehr intensiv mit folgenden Maßnahmen befassen:

- Handlungskonzept "Förderung des Wohnens im historischen Stadtkern"
- Pilotprojekt Wohnen in der historischen Innenstadt
- Modernisierung und Instandsetzung privater Gebäude zur Nutzung für Wohnen sowie zur Nutzung für Dienstleistungen und Gewerbe
- Profilierung und Standortaufwertung
- Brachflächenaktivierung
- Rahmenplanung "zukunftsfähiger Einzelhandel im historischen Stadtkern".

Die hier genannten Aufgaben sind größtenteils über einen Zeitraum von mehreren Jahren angelegt, wobei der Grundstein durch politische Beschlüsse im Jahr 2014 erfolgen soll.

Über diese aus dem ISEK resultierenden Aufgaben hinaus wird das Team voraussichtlich folgende Arbeitsschwerpunkte setzen:

Bereich "Stadtplanerische Leistungen"

Als voraussichtlich wichtigste stadtplanerische Aufgaben im Jahr 2014 sind zu nennen:

- Schaffung von Planungsrecht durch Bebauungspläne entsprechend der vom Ausschuss für Stadtentwicklung festgelegten Prioritätenliste und ihrer Ergänzung für Wohnen, Gewerbe, Einzelhandel und Sondernutzungen.
- Überarbeitung der Detmolder Gewerbegebiete zur gezielten Vorbereitung gewerblicher Investitionen
- Zukunftsorientierte Steuerung und Entwicklung des Einzelhandels in der Gesamtstadt auf der Grundlage des städtebaulichen Einzelhandelskonzeptes: Aufzeigen und Durchsetzen von Entwicklungsperspektiven in der Innenstadt und in den Ortsteilen, Ausschluss von Einzelhandel außerhalb der zentralen Versorgungsbereiche
- Aktiver Stadtbau brachgefallener Siedlungsflächen u. a. durch die Betreuung von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen (Brachenrevitalisierung)
- Stadtverträgliche Mobilisierung der Britischen Wohnsiedlungen
- Überarbeitung des Flächennutzungsplanes zum Thema Windkraftanlagen
- Mobilisierung von Baulücken zur Reduzierung des Freiflächenverbrauchs
- Einbeziehung des Demografischen Wandels in die konzeptionelle Stadtentwicklung
- Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie durch die Entwicklung von Lärmaktionsplänen
- Optimierung des Städtebaus im Sinne der CO₂ – Reduzierung
- die weitere Entwicklung im Projekt Hohenloh

Das genannte Arbeitsspektrum wird sich im Verlauf des Jahres ändern, da erfahrungsgemäß die Arbeitsplanung durch Beschlüsse der politischen Gremien beeinflusst wird. Zum anderen ist die Verwaltung bemüht, auf Bauleitplanungserfordernisse bei dringendem Bedarf flexibel zu reagieren.

Kurz- bzw. mittelfristige Ziele des Produkts sind:

- Fortwährende Optimierung der Wirtschaftlichkeit durch den verstärkten Einsatz von EDV (CAD und Bauleitplanverfahrens-Programm)
- Weitere Optimierung der Nutzung des Internets zur Öffentlichkeitsarbeit und zur Online-Beteiligung von Bürgern und Behörden im Rahmen des Bauleitplanverfahrens

Neu in die Mittelanmeldung 2014-2017 aufgenommen wurden jährlich 6.200 € Landeszuwendung und 7.750 € Mitgliedsbeitrag für das Deutsch-Österreichische URBAN Netzwerk (städtischer Eigenanteil 1.550 €). Die Stadt Detmold plant die Mitgliedschaft im URBAN-Netzwerk, um neben dem Erfahrungsaustausch mit den anderen Mitgliedsstädten in der kommenden Förderperiode direkt EU-Strukturfördermittel beantragen zu können.

Hinweis: Der Deckungsgrad „Aufwand zu Leistung nach HOAI“ wird auf Grundlage der Leistungsebene „Stadtplanerische Leistungen“ ermittelt (vor NKf bis 2007: "Center für Stadtplanerische Leistungen").

Hinweis: Die o. g. Kennzahl "ermöglichtes Investitionsvolumen durch Bauleitplanung pro Jahr" wird sich Planjahr 2014 voraussichtlich auf einem höheren Niveau als 2013 bewegen, weil durch die momentanen Bauleitplanungen in den Detmolder Gewerbegebieten der Grundstein für große gewerbliche Bauvorhaben gelegt wird.

Darüberhinaus wird die auf Langfristigkeit angelegte Stadtentwicklung wieder stärker in den Focus der Stadtplanung rücken. Im Rahmen des demografischen Wandels gilt es, Detmold weiter zu attraktiv zu gestalten und fit für die Zukunft zu machen. Hierbei wird es nicht ausreichen, neue Flächen für Entwicklungsperspektiven anzubieten. Vielmehr müssen überkommene Strukturen wieder mit Leben gefüllt oder zukunftsfähig weiter entwickelt werden. Wohnen, Gewerbe, Versorgung und Erholung gilt es aufeinander abzustimmen und zu optimieren.

Bereich "Stadtbilderneuerung und Ortsbildspflege"

Beratungen erfolgen in der Regel auf Veranlassung der Ratsuchenden (Bauherren, Architekten, Handwerker) telefonisch, mündlich oder vor Ort, je nach Schwierigkeitsgrad auch mehrmals in einer Sache. Der Zeitaufwand ist sehr unterschiedlich. Telefonische Auskünfte dauern manchmal wenige Minuten, komplexe Vorhaben erfordern nicht selten mehrere Stunden.

Stellungnahmen sind gefordert bei Anträgen nach der Gestaltungssatzung und der Erhaltungssatzung, bei Maßnahmen im Geltungsbereich des Programms "Historischer Stadtkern", bei Maßnahmen an kulturlandschaftsprägenden Gebäuden sowie Maßnahmen an erhaltenswerten Objekten im gesamten Stadtgebiet. Mit Stellungnahmen sind eingehende Prüfungen, häufig auch koordinierende Besprechungen verbunden. Stellungnahmen erfolgen schriftlich und erfordern einen hohen Zeitaufwand.

Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Historische Stadtkerne werden verschiedene Publikationen auf regionaler Ebene und auf Landesebene gemeinschaftlich gestaltet und herausgegeben.

Wie im Planungsreport 2014 beschrieben, ist die Nachfolge des Denkmalpflegers, der ab 1. März 2014 in den Ruhestand gehen wird, bereits erfolgt. Im Gegenzug wird eine bislang aus diesem Grund noch nicht besetzte Stelle im Team 6.1 zunächst noch weiterhin freigehalten. Die Wiederbesetzung im Team Städtebauliche Planungen ist weiterhin erforderlich, um das auch im Rahmen des ISEK erweiterte Aufgabenspektrum dauerhaft bewältigen zu können. Der entsprechende Personalaufwand ist in der Mittelanmeldung 2014 noch nicht berücksichtigt.

Kurzbeschreibung

- Aufbau, Bereitstellung und Nutzung von Datenbasen für raumbezogene Informationsverarbeitung (Geodatenmanagement)
- Vermessungstechnische Leistungen für Planungen und Entwürfe von Gebäuden, Ingenieurbauwerken und Verkehrsanlagen sowie für das Übertragen der Projektgeometrie in der Örtlichkeit und an Objekten außerhalb der Entwurfs- und Bauphase
- nicht objektgebundene Flächenvermessung für Freianlagen und Bebauungspläne im Zusammenhang mit städtebaulichen und landschaftsplanerischen Leistungen einschließlich der Auswertungen

Ziele

- Schnelle, umfassende und aktuelle Verfügbarkeit von Geodaten, -fachdaten und -informationen als Grundlage von Verwaltungsentscheidungen
- Modernisierung der Verwaltung durch Optimierung von Arbeitsbedingungen und -abläufen.
- Bürger durch Veröffentlichungen im Internet bei Verwaltungsentscheidungen einfacher zu beteiligen.
- Vermarktung von Nutzungsrechten an kommunalen Geodaten über das Internet.
- Bereitstellung von Planungs- und Entwurfsgrundlagen für öffentliche Bauvorhaben und Übertragung der Bauwerksgeometrie in die Örtlichkeit unter Berücksichtigung planungs- u. baurechtlicher Aspekte.

Auftragsgrundlage

Ratsbeschlüsse, Beschlüsse des Fachausschusses Stadtentwicklung, Vereinbarungen mit dem Kreis Lippe, Vermessungs- und Katastergesetz, Planzeichenverordnung für Bauleitpläne

Zielgruppe

Alle technischen und nichttechnischen Fachbereiche, Bereiche und Projekte der Stadtverwaltung DT, die raumbezogene Informationen erfassen, präsentieren, speichern, analysieren und modellieren wie Städtebau, Landschaftsbau, Statistik, Liegenschaften, Kanalbau, Tief- und Hochbau, Umwelt, Bürger und Kunden
 Entwurfsingenieure der Fachbereiche bzw. von der Stadt Detmold beauftragte Ingenieurbüros, baudurchführende Firmen

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Stellen	Anz.	6,57	6,57	6,57	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Aufwand Geodateninfrastruktur (GDI) Web-Gis	-	-	-	-	-	-	-
Systementwicklung, -pflege und -administration	Std.	-	-	1.000	-	-	-
Datenerfassung, -pflege und -übernahme	Std.	-	-	300	-	-	-
Statistik Geodatenportal	-	-	-	-	-	-	-
Anzahl der Fachthemen	Anz.	150	151	128	0	0	0
- davon Geobasisdaten	Anz.	94	94	10	-	-	-
- davon Geofachdaten	Anz.	54	55	69	-	-	-
- davon Fachanwendungen	Anz.	2	2	49	-	-	-
aktive Anwender im Intranet	Anz.	204	180	190	-	-	-
Zugriffe auf Geodatenportal Intranet	Anz.	-	550.000	600.000	-	-	-
Zugriffe auf Geodatenportal Internet	Anz.	453.703	500.000	475.000	-	-	-
Veränderung der Zugriffe gegenüber dem Vorjahr (Intranet)	%	-2	5	5	-	-	-
Aufwand Grafisches Informationssystem (GIS) und Geodatenmanagement (GDM)	-	-	-	-	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Projekte Objektvermessungen	-	-	-	-	-	-	-
- Hochbau	Anz.	0	2	1	-	-	-
- Ingenieurbau	Anz.	0	2	1	-	-	-
- Straßenbau / Kanalbau	Anz.	12	20	15	-	-	-
- Gewässer	Anz.	-	-	4	-	-	-
- sonstige	Anz.	22	20	20	-	-	-
Datenerfassung, -pflege, -analyse, - aufbereitung, -abgabe, -übernahme	Std.	2.167	2.000	2.500	-	-	-
Projekte Flächenvermessungen	-	-	-	-	-	-	-
- Bebauungsplan	Anz.	3	3	1	-	-	-
- Landschaftsplan	Anz.	0	1	1	-	-	-
- Sonstige	Anz.	-	-	3	-	-	-
Anzahl der bearbeiteten GIS-Projekte	Anz.	17	17	15	-	-	-
Erstellung von Planungsgrundlagen und Objektplanungen	-	-	-	-	-	-	-
Planungsgrundlagen insgesamt	Anz.	0	0	20	0	0	0
- davon BPL-Festlegungsrisse	Anz.	-	-	4	-	-	-
- davon FNP-Änderungen / Berichtigungen	Anz.	-	-	2	-	-	-
- davon Straßen- und Kanalentwurfsgrund- lagen	Anz.	-	-	8	-	-	-
- davon Sonstige	Anz.	-	-	6	-	-	-
Systempflege und Betreuung GIS- Arbeitsplätze	Std.	1.450	1.500	1.000	-	-	-
Anzahl der GIS-Arbeitsplätze	Anz.	17	17	17	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anzahl der Zugriffe im Geodatenportal	Anz.	453.703	1.050.000	1.075.000	-	-	-
Summe erbrachter Leistungen nach HOAI und VermWertGebO NRW (Entwurfs- u. Bauvermessung)	€	141.753	120.000	120.000	-	-	-
Deckungsgrad Aufwand zu Leistung nach HOAI und VermWertGebO NRW	%	86	48	45	-	-	-
Anzahl der Beschwerden	Anz.	0	5	5	-	-	-
Kosten pro Zugriff im Geodaten-Portal	€	0,08	0,08	0,07	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0	2.250	2.250	2.250	2.250
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	10.600,50	7.500	7.500	7.500	7.500	7.500
+ Aktivierte Eigenleistungen	43.869,72	49.000	49.000	49.000	49.000	49.000
= Ordentliche Erträge	54.470,22	56.500	58.750	58.750	58.750	58.750
- Personalaufwendungen	444.457,59	473.000	489.450	494.261	499.074	503.988
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.180,64	5.000	5.200	5.200	5.200	5.200
- Bilanzielle Abschreibungen	4.242,00	3.372	6.390	6.390	5.810	5.030
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.674,55	5.300	5.650	5.650	5.650	5.650
= Ordentliche Aufwendungen	457.554,78	486.672	506.690	511.501	515.734	519.868
= Ordentliches Ergebnis	-403.084,56	-430.172	-447.940	-452.751	-456.984	-461.118
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	275,52	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
- Aufwendungen aus internen Leistungsbezie- hungen	70.682,60	62.500	59.830	59.820	60.750	61.610
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-70.407,08	-57.500	-54.830	-54.820	-55.750	-56.610
= Ergebnis	-473.491,64	-487.672	-502.770	-507.571	-512.734	-517.728

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	238,00	7.500	7.500	0	7.500	7.500	7.500
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	238,00	7.500	7.500	0	7.500	7.500	7.500
- Personalauszahlungen	438.677,23	465.800	481.950	0	486.761	491.574	496.488
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	5.114,85	5.000	5.200	0	5.200	5.200	5.200
- Sonstige Auszahlungen	3.654,96	5.300	5.650	0	5.650	5.650	5.650
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	447.447,04	476.100	492.800	0	497.611	502.424	507.338
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-447.209,04	-468.600	-485.300	0	-490.111	-494.924	-499.838
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	299,73	22.650	0	0	0	0	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	299,73	22.650	0	0	0	0	0
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit	-447.508,77	-491.250	-485.300	0	-490.111	-494.924	-499.838

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,3	22,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	-0,3	-22,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Erläuterungen

Aktuelle Aufgaben und Tätigkeiten sind im Text des Planungsreports 2014 unter 1.2 Geoinformationen ausführlich dargestellt. Im Frühjahr 2014 erfolgt die Wiederbesetzung der Stelle des Vermessungsingenieurs, der in Rente geht.

Die Leistungsdaten des Produkts wurden überarbeitet (bessere Reihenfolge, Struktur sowie Layout) und ergänzt.

Kurzbeschreibung

Erfassung und Bewertung von Natur und Landschaft in Detmold; insbes. Erfassung und Bewertung von Eingriffen (vor allem im Rahmen der Bauleitplanung); Planung und Betreuung der erforderlichen Ausgleichs- /Ersatzmaßnahmen; Freiraumplanung für die gesamtstädtische Grün- u. Freiflächenversorgung; fachliche Stellungnahmen zur Bauleitplanung sowie grundlegenden baulichen Maßnahmen im Hoch-, Tief- und Sportplatzbau; Planung und Bau von Freiflächenobjekten; Wahrnehmung der Bauherrenfunktion bei extern beauftragten Landschaftsarchitekten für die Erstellung von Freiflächenobjekten

Ziele

Natur- und landschaftsschonende und insgesamt umweltverträgliche Stadtentwicklung; Kompensation für unvermeidliche Eingriffe in Natur und Landschaft; Sicherung und Weiterentwicklung der gesamtstädtischen Grün- und Freiflächenversorgung

Auftragsgrundlage

Bundesnaturschutzgesetz, Landschaftsgesetz NRW, BauGB, BauO NRW, diverse Fachplanungsgesetze, Fachausschuss- u. Ratsbeschlüsse

Zielgruppe

Bürger/innen der Stadt Detmold, insbes. Planer sowie Träger von Maßnahmen, die Eingriffe in Natur und Landschaft darstellen

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Stellen	Anz.	2,04	2,04	1,92	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Nicht abrechnungsfähige Leistungen	-	-	-	-	-	-	-
- Stellungnahmen/Beratungen	Anz.	-	0	0	-	-	-
Landschaftspflege und -planung	-	-	-	-	-	-	-
Stellungnahmen/Beratungen etc.	Anz.	37	60	60	-	-	-
Landschaftsplanerischer Fachbeitrag	Anz.	-	2	0	-	-	-
Umweltbericht	Anz.	1	3	2	-	-	-
Realisierte Ausgleichsmaßnahmen	Anz.	1	2	1	-	-	-
Betreute Projekte	Anz.	15	25	10	-	-	-
Grünordnungs- und Freiraumplanung für:	-	-	-	-	-	-	-
- Kanal-, Tief- und Straßenbau	€	-	0	0	-	-	-
- Schul- und Sportanlagen	€	8.409	5.000	10.800	-	-	-
- Freianlagen an öffentlichen Gebäuden	€	-	0	0	-	-	-
- Spielplätze, Grün- und sonstige Freianlagen	€	29.734	27.000	38.500	-	-	-
- Bauleitplanung	€	7.911	10.000	5.000	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Summe erbrachter Leistungen nach HOAI	€	46.054	42.000	54.300	-	-	-
Investitionsvolumen der aktuell in Bearbeitung befindlichen Projekte	€	1.750.000	2.130.000	2.440.000	-	-	-
Deckungsgrad Aufwand zu Leistung nach HOAI	%	20	22	32	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Herrichtung von Flächen für Freizeit und Erholung in m²	qm	38.500	38.500	42.600	-	-	-
Ökologische Aufwertung von Flächen (Kompensationsflächen) in m²	qm	17.200	18.600	20.000	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	600,00	600	600	600	48.600	600
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	17,77	0	0	0	0	0
+ Aktivierte Eigenleistungen	27.118,77	25.000	30.000	30.000	30.000	30.000
= Ordentliche Erträge	27.736,54	25.600	30.600	30.600	78.600	30.600
- Personalaufwendungen	223.081,07	156.400	158.783	133.643	116.000	117.200
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	291,40	0	0	0	60.000	0
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.875,44	4.600	7.800	2.900	2.900	2.900
= Ordentliche Aufwendungen	226.247,91	161.000	166.583	136.543	178.900	120.100
= Ordentliches Ergebnis	-198.511,37	-135.400	-135.983	-105.943	-100.300	-89.500
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	11.024,40	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	21.322,00	28.360	24.080	24.190	24.570	24.840
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-10.297,60	-25.360	-21.080	-21.190	-21.570	-21.840
= Ergebnis	-208.808,97	-160.760	-157.063	-127.133	-121.870	-111.340

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0	0	0	0	48.000	0
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	0	0	0	0	48.000	0
- Personalauszahlungen	144.501,09	154.600	112.100	0	113.200	114.300	115.500
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0	0	0	0	60.000	0
- Sonstige Auszahlungen	2.748,70	4.600	7.800	0	2.900	2.900	2.900
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	147.249,79	159.200	119.900	0	116.100	177.200	118.400
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-147.249,79	-159.200	-119.900	0	-116.100	-129.200	-118.400
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	77.500,00	461.800	150.000	0	0	0	0
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	77.500,00	461.800	150.000	0	0	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	62.934,99	938.000	205.000	0	0	0	0
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	291,40	0	0	0	0	0	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	63.226,39	938.000	205.000	0	0	0	0
= Saldo aus Investitionstätigkeit	14.273,61	-476.200	-55.000	0	0	0	0
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit	-132.976,18	-635.400	-174.900	0	-116.100	-129.200	-118.400

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
W09096000 Parklandsch.Friedrichstal,2.BA,Zuwd.Ld.u.Baumaßnahme,Inanspruchnahme erst nach Ratsbeschl.									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	77,5	426,8	150,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	190,0	0,0	62,9	868,0	190,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo W09096000	-190,0	0,0	14,6	-441,2	-40,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	35,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	15,0	0,0	0,3	70,0	15,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo unterhalb der Wertgrenze	-15,0	0,0	-0,3	-35,0	-15,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	-205,0	0,0	14,3	-476,2	-55,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Erläuterungen

Das Produkt Grün- u. Freiraumplanung beinhaltet die Grünordnungsplanung für die gesamtstädtische Grün- und Freiflächenversorgung. Maßnahmen, die im Zusammenhang mit Grün- und Freiflächen stehen, werden mit anderen Beteiligten (Fachbereiche, Bauträger, sonstige Dritte) abgestimmt und betreut (Leistungen nach HOAI).

Darüber hinaus wird die nach der Novellierung des Europarechtsanpassungsgesetzes Bau (EAG Bau) im Bebauungsplan- und Flächennutzungsplanverfahren durchzuführende Umweltprüfung als umfassendes Prüfverfahren bearbeitet. Für einige Planverfahren entfällt nach der Novellierung des Baugesetzbuches zur Beschleunigung von Planvorhaben das Erfordernis eines förmlichen Umweltberichts (§ 13a BauGB). Damit sinken die insoweit darzustellenden HOAI-Leistungen im Bereich Bauleitplanung. Dafür werden vermehrt entsprechende interne, umfassende Beratungen und Stellungnahmen für die Bauleitplanung erforderlich sein, die nicht entsprechend als HOAI-Leistungen beziffert werden. Weitere aktuelle Aufgaben und Tätigkeiten sind im Text des Planungsreports 2014 unter 1.3 Grünordnungs- und Freiraumplanung ausführlich dargestellt.

Personalveränderungen sind für 2014 nicht vorgesehen.

Hinweis zur Zuständigkeit für Mittelanmeldungen im Bereich Spielplatzbau:

Die finanzielle Abwicklung im Bereich Spielplatzbau (insbesondere Ein- und Auszahlungen, Abschreibungen, Auflösung von Sonderposten) erfolgt ab dem Haushaltsjahr 2009 wieder ausschließlich im FB 7, wo auch der Bereich Spielplatz-Unterhaltung angesiedelt ist.

Die Leistungen Spielplatz-Planung und Spielplatz-Baubetreuung erfolgen dagegen weiterhin im FB 6 im Produkt 009.600.300 Grünordnungs- und Freiraumplanung.

Hinweise zur Finanzplanung für das Projekt Parklandschaft Friedrichstal, 2. Bauabschnitt:

Die Baumaßnahme soll im Jahr 2014 fertig gestellt werden. Der Haushaltsansatz 2014 wurde aktualisiert:

- Die Einzahlungen aus Zuwendungen sind in 2014 mit 150.000 € geplant; dies bedeutet gegenüber der bisherigen Planung eine Senkung um 23.900 € aufgrund bereits vorzeitig eingegangener Einzahlungen.

- Die Auszahlungen sind für 2014 mit insgesamt 190.000 € geplant. Im Plan berücksichtigt wurden dabei 255.000 € vorgezogene Mittel aus 2014 (vgl. Drucksache Fb 6/347/2013), eine Übertragung aus dem Haushaltsansatz 2013 in Höhe von 40.000 € sowie eine Übertragung aus überplanmäßigen Mitteln aus 2013 in Höhe von 150.000 € (vgl. Drucksache Fb 6/389/2013). Gegenüber dem ursprünglichen Ansatz 2014 i. H. v. 255.000 € liegt der aktualisierte Plan 2014 i. H. v. 190.000 € um 65.000 € niedriger. (Die Kosten der Eröffnungsveranstaltung werden im Teilergebnisplan unter Sonstige Geschäftsaufwendungen berücksichtigt.)

Hinweis zur Finanzplanung für die Baumaßnahme Komplettierung der Fußwegeverbindung Hohenloh: 15.000 € wurden im Rahmen der so genannten Änderungsliste aus 2013 nach 2014 übertragen für die Fertigstellung des "Lehrpfades der Jahresbäume".

Kurzbeschreibung

- Planungsrechtliche Auskünfte
- Prüfung des Antrages
- Genehmigung zur öffentlich-rechtlichen Freigabe von Bauvorhaben und Nutzungen, Zurückstellung oder Anhörung
- Bauüberwachung, Rohbau- und Fertigbauabnahme
- Überprüfungen vorhandener baulicher Anlagen
- Prüfung der Erschließung / Entwässerung in planungs- und baurechtlicher Hinsicht
- Prüfung und Aufstellung von Statiken,
- Beratung der Bauherrn, Architekten und städtischen Einrichtungen in statischer Hinsicht

Ziele

Sicherstellung der Einhaltung der öffentlich-rechtlichen Vorschriften und Anordnungen bei der Errichtung, der Änderung, dem Abbruch, der Nutzung, der Nutzungsänderung sowie der Instandhaltung baulicher Anlagen (§ 61 BauO NRW) unter Berücksichtigung einer bürgernahen und schnellen Bearbeitung der eingereichten Anträge.

Auftragsgrundlage

Baugesetzbuch (BauGB), Landesbauordnung (BauO NRW), Baunutzungsverordnung (BauNVO), weitere Verordnungen und örtliche Satzungen, Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG NRW), Straßen- und Wassergesetze, Entwässerungssatzung, Verwaltungsvorschriften

Zielgruppe

Private, öffentliche oder gewerbliche Bauherren, Bauinteressenten

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Stellen	Anz.	12,04	13,04	13,49	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Überprüfung ungenehmigter Anlagen	Anz.	38	100	150	-	-	-
Wiederkehrende Prüfungen	Anz.	10	30	30	-	-	-
Abgabe von Auszügen aus dem Katasterkarten- und Katasterbuchwerk	Anz.	273	250	250	-	-	-
Prüfung von statischen Berechnungen, Bewehrungsplänen und Nachträgen	Anz.	9	15	10	-	-	-
Erstellung von Statiken	Anz.	6	15	10	-	-	-
Gewerbelotse Abstimmung mit Fachbereichen und Fachbehörden	Std.	47	400	400	-	-	-
Beratung Interessenten für gewerbliche Bauvorhaben	Std.	412	400	400	-	-	-
Kundenkontakte	Anz.	147	150	150	-	-	-
Gesamtinvestitionsvolumen	Anz.	41.558.537	33.000.000	50.000.000	-	-	-
Planungsrechtliche Auskünfte, extern	Anz.	3.615	3.800	3.500	-	-	-
Planungsrechtliche Auskünfte, intern	Anz.	140	170	150	-	-	-
Stellungnahmen (FB 5, Solaranlagen, Gutachterausschuss u.a.)	Anz.	210	180	100	-	-	-
Anzahl der Anträge auf Vorbescheid	Anz.	79	100	80	-	-	-
Anzahl der Bauanträge nach § 63	Anz.	73	70	70	-	-	-
Anzahl der Bauanträge nach § 68 (vereinfachtes Verfahren)	Anz.	434	480	500	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anzahl der Anträge auf Freistellung nach § 67	Anz.	33	40	50	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Gesamtanzahl der bauordnungsrechtlichen Bescheide	Anz.	892	1.200	1.300	-	-	-
durchschnittliche Laufzeit eines Baugenehmigungsverfahrens, allg.	Tg.	19,55	7,12	10,00	-	-	-
Genehmigungsquote (genehmigte Bescheide / eingereichte Anträge)	%	66	65	65	-	-	-
Quote erfolgreicher Klagen gegen die Stadt Detmold / Gesamtanzahl der bauordnungsrechtl. Bescheide	%	0,11	0,25	0,15	-	-	-
Deckungsgrad Aufwand zu Genehmigungsgebühren	%	29	30	26	26	26	26
Laufzeit eines Gewerbeantrages netto	Tg.	6,45	15,00	10,00	-	-	-
durchschnittliche Anzahl Anträge / Stelle	Anz.	149	200	217	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0	193	193	193	193
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	316.775,48	348.000	311.500	311.500	311.500	311.500
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	397,00	0	0	0	0	0
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	127,39	100	100	100	100	100
+ Aktivierte Eigenleistungen	2.324,50	12.000	4.000	4.000	4.000	4.000
= Ordentliche Erträge	319.624,37	360.100	315.793	315.793	315.793	315.793
- Personalaufwendungen	912.912,14	984.739	1.008.927	1.013.790	1.024.214	1.034.550
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16.981,28	7.700	9.000	9.000	9.000	9.000
- Bilanzielle Abschreibungen	4.624,30	3.798	240	243	245	239
- Transferaufwendungen	360,00	360	360	360	360	360
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	11.822,61	13.400	12.500	12.500	12.500	12.500
= Ordentliche Aufwendungen	946.700,33	1.009.997	1.031.027	1.035.893	1.046.319	1.056.649
= Ordentliches Ergebnis	-627.075,96	-649.897	-715.234	-720.100	-730.526	-740.856
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	147.939,34	165.388	162.874	162.849	165.533	167.967
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-147.939,34	-163.388	-160.874	-160.849	-163.533	-165.967
= Ergebnis	-775.015,30	-813.285	-876.108	-880.949	-894.059	-906.823

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	317.255,84	348.000	311.500	0	311.500	311.500	311.500
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	437,00	0	0	0	0	0	0
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	80,94	100	100	0	100	100	100
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	317.773,78	348.100	311.600	0	311.600	311.600	311.600
- Personalauszahlungen	794.234,70	836.341	858.719	0	862.049	870.915	879.669
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	13.296,11	7.500	7.500	0	7.500	7.500	7.500
- Transferauszahlungen	360,00	360	360	0	360	360	360
- Sonstige Auszahlungen	11.609,42	13.400	12.500	0	12.500	12.500	12.500

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	819.500,23	857.601	879.079	0	882.409	891.275	900.029
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-501.726,45	-509.501	-567.479	0	-570.809	-579.675	-588.429
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	2.012,71	2.200	2.500	0	2.500	2.500	2.500
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.012,71	2.200	2.500	0	2.500	2.500	2.500
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-503.739,16	-511.701	-569.979	0	-573.309	-582.175	-590.929

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	4,0	0,0	2,0	2,2	2,5	0,0	2,5	2,5	2,5
Saldo Investitionstätigkeit	-4,0	0,0	-2,0	-2,2	-2,5	0,0	-2,5	-2,5	-2,5

Erläuterungen

Das Produkt „Bauordnung und Bauaufsicht“ wurde aus den bisherigen Produkten „Vor- und Baubescheide“ und „Statikprüfung“ gebildet. Im Bereich des Produkts erfolgen die Leistungen der Bauordnung und Bauaufsicht, des „Gewerbelotsen“, die Prüfung der gesicherten Erschließung sowie die statische Prüfung.

- Die Tätigkeit des Gewerbelotsen hat das Ziel, die Weiterentwicklung des Gewerbes in Detmold zu fördern und damit zur Sicherung von Arbeitsplätzen beizutragen. Außerdem trägt der Gewerbelotse durch die Recherche und Dokumentation von Gewerbeflächen in dem Gewerbeflächenkataster zu einer Förderung des Recyclings von Brachflächen bei und verbessert dadurch auch die Informationsbasis für Standortsuchende.

- Eine Allgemeine Bauberaterung (z. B. zu bautechnischen oder bauordnungsrechtlichen Fragen) wird seit 2004 aufgrund des Personalabbaues nicht mehr angeboten. Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben müssen jedoch planungsrechtliche Auskünfte zur Bebaubarkeit von Grundstücken, zu Festsetzungen von Bebauungsplänen oder zu den notwendigen Genehmigungsverfahren weiterhin erteilt werden. Bei weitergehenden Fragen von Bürgern wird auf die im Baubereich tätigen Architekten verwiesen.

Weitere aktuelle Aufgaben und Tätigkeiten sind im Text des Planungsreports 2014 unter 1.4 Bauordnung und Bauaufsicht dargestellt. Personalveränderungen sind für 2014 nicht vorgesehen.

Kurzbeschreibung

Erteilen von Bauordnungsverfügungen (u. a. Ablehnungen von Anträgen), Androhung und Festsetzung von Zwangsmitteln, Einleiten von Bußgeldverfahren, Festsetzen von Bußgeldern, Klageverfahren

Führen des Baulastenverzeichnisses

Ausübung bzw. Negativbescheinigungen bei Vorkaufsrechten, Genehmigung bzw. Ablehnung von Grundstücksteilungen, Benennung von Straßen und Plätzen, Festsetzung von Hausnummern für bebaute Grundstücke

Ziele

- Verwaltungsrechtliche Durchsetzung der öffentlich-rechtlichen Vorschriften des Planungs- und Bauordnungsrechts.
- Durch eine bürgernahe und transparente Beratung wird angestrebt, die Zahl der Klagen und ablehnenden Bescheide zu verringern.
- Erstellung eines digitalen Bauarchivs.

Auftragsgrundlage

Baugesetzbuch (BauGB), Landesbauordnung (BauO NRW),

Baunutzungsverordnung (BauNVO), Denkmalschutzgesetz (DSchG), Gesetz ü. d. Schornsteinfegerwesen, Landschaftsgesetz (LG), Ordnungsbehördengesetz (OBG), Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfg), Ordnungswidrigkeitengesetz (OwiG), Gebührenordnung NRW/Verwaltungsvollstreckungsgesetz (VwVG NRW), Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO), Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Detmold

Zielgruppe

Bauherren, Grundstückseigentümer, Grundstückserwerber, Handlungs- oder Zustandsstörer

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Stellen	Anz.	4,40	4,62	4,62	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Stellplatzablöseverträge	Anz.	1	2	2	-	-	-
Stellungnahmen Bauanträge bez. Baulasten	Anz.	257	230	230	-	-	-
Baulasteintragungen	Anz.	145	140	100	-	-	-
Baulastlöschungen	Anz.	6	12	10	-	-	-
Auskünfte Baulasten	-	-	-	-	-	-	-
- schriftlich	Anz.	125	90	100	-	-	-
- mündlich	Anz.	841	700	700	-	-	-
Fortschreibung Baulasten	Anz.	0	55	50	-	-	-
Stellungnahmen Amtsgericht	Anz.	76	125	100	-	-	-
Ablehnungen von Bauanträgen	Anz.	38	30	30	-	-	-
Beratungen	Anz.	107	120	120	-	-	-
Prüfung Vorkaufsrechte	Anz.	501	450	450	-	-	-
Teilungsgenehmigungen / Zeugnisse (§ 8 BauO NRW)	Anz.	53	50	50	-	-	-
Hausnummernfestsetzungen	Anz.	96	110	100	-	-	-
Hausnummernänderungen	Anz.	1	2	2	-	-	-
Straßenbenennungen	Anz.	0	3	3	-	-	-
Stellungnahmen Bauanträge	Anz.	257	100	150	-	-	-
Ordnungsverfügungen	Anz.	52	60	60	-	-	-
Zwangsgeldfestsetzungen	Anz.	12	10	20	-	-	-
Bußgeldbescheide	Anz.	10	16	15	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anzahl der baurechtlichen Klageverfahren gegen die Stadt Detmold, Gesamt	Anz.	26	40	30	-	-	-
Anzahl der verlorenen Klagen	Anz.	1	3	2	-	-	-
Anzahl der abgegebenen Einsprüche	Anz.	0	0	2	-	-	-
Anzahl der stattgegebenen/abgeholfter Einsprüche	Anz.	0	0	2	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anzahl der LE nach Kategorie: - Baulasten	Anz.	145	140	100	-	-	-
Anzahl der LE nach Kategorie: - Teilungsgenehmigungen	Anz.	53	50	50	-	-	-
Anzahl der LE nach Kategorie: - Vorkaufrechte	Anz.	501	450	450	-	-	-
Widersprüche und / oder Klagen / Gesamtzahl der Bescheide	%	1,99	3,06	2,46	-	-	-
Deckungsgrad Aufwand zu Verwaltungsgebühren	%	16	12	12	12	11	11
durchschnittliche Laufzeit Baulasteneintragung	Tg.	5	4	3	-	-	-
durchschnittliche Laufzeit Teilungsgenehmigung	Tg.	13	32	30	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0	200	200	200	200
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	29.090,64	35.000	30.000	30.000	30.000	30.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	23.340,00	5.000	10.000	10.000	10.000	10.000
= Ordentliche Erträge	52.430,64	41.000	41.200	41.200	41.200	41.200
- Personalaufwendungen	269.559,51	286.450	292.800	295.800	298.700	301.515
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	2.600	2.600	2.600	2.600	2.600
- Bilanzielle Abschreibungen	1.508,90	1.090	1.540	300	300	300
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.737,92	2.850	3.050	3.050	3.050	3.050
= Ordentliche Aufwendungen	273.806,33	292.990	299.990	301.750	304.650	307.465
= Ordentliches Ergebnis	-221.375,69	-251.990	-258.790	-260.550	-263.450	-266.265
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	54.336,99	59.586	55.100	55.530	56.360	57.170
= Ergebnis	-275.712,68	-311.576	-313.890	-316.080	-319.810	-323.435

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	27.489,92	35.000	30.000	0	30.000	30.000	30.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	1.000	1.000	0	1.000	1.000	1.000
+ Sonstige Einzahlungen	11.430,00	5.000	10.000	0	10.000	10.000	10.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	38.919,92	41.000	41.000	0	41.000	41.000	41.000
- Personalauszahlungen	246.107,70	270.511	276.500	0	279.300	282.000	284.615
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	2.100	2.100	0	2.100	2.100	2.100
- Sonstige Auszahlungen	2.720,77	2.850	3.050	0	3.050	3.050	3.050
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	248.828,47	275.461	281.650	0	284.450	287.150	289.765

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-209.908,55	-234.461	-240.650	0	-243.450	-246.150	-248.765
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	5.700,00	5.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	5.700,00	5.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	310,51	500	500	0	500	500	500
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	310,51	500	500	0	500	500	500
= Saldo aus Investitionstätigkeit	5.389,49	4.500	4.500	0	4.500	4.500	4.500
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-204.519,06	-229.961	-236.150	0	-238.950	-241.650	-244.265

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	5,7	5,0	5,0	0,0	5,0	5,0	5,0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,3	0,5	0,5	0,0	0,5	0,5	0,5
Saldo unterhalb der Wertgrenze	0,0	0,0	5,4	4,5	4,5	0,0	4,5	4,5	4,5
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	5,4	4,5	4,5	0,0	4,5	4,5	4,5

Erläuterungen

Das Produkt „Bau- und Grundstücksservice“ wurde mit NKF-Beginn 2008 aus den bisherigen Produkten „Gefahrenabwehr und baurechtliche Verfahren“, „Baulasten“, „Vorkaufsrechte, Grundstücksteilungen und -bezeichnungen“ sowie dem Projekt „Digitalisierung Bauarchiv“ (separate Leistungsebene bis 2009) gebildet.

Weitere aktuelle Aufgaben und Tätigkeiten sind im Text des Planungsreports 2014 unter 1.5 Bau- und Grundstücksservice dargestellt. Personalveränderungen sind für 2014 nicht vorgesehen.

Kurzbeschreibung

Beratung und Annahme der Anträge für Wohnraumfördermittel für Neubau-, Erwerbs- und Bestandsinvestitionsmaßnahmen
 Prüfung der Einkommensverhältnisse und der Familiengröße zur Erteilung der Wohnberechtigung,
 Prüfung und Feststellung der Netto-Kaltmiete nach Berechnungsrecht

Ziele

Nachfrageorientierte Versorgung der Stadt Detmold mit öffentlich geförderten Wohnungen

Auftragsgrundlage

Förderprogramm des Landes für die kommunale Wohnungswirtschaft

- Wohnraumförderungsgesetz
- Wirtschaftsstrafgesetz
- Wohnungsbindungsgesetz
- II. Wohnungsbaugesetz
- II. Berechnungsverordnung,
- Einkommensprüfungserlass

Zielgruppe

Alle Interessenten der verschiedenen Förderprogramme, die eine bestimmte Einkommensgrenze einhalten (Ausnahme ESP), einkommensschwache Haushalte, die eine öffentlich geförderte Wohnung beziehen wollen

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Stellen	Anz.	2,05	2,05	2,05	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anzahl der Bewilligungen	Anz.	22	35	12	-	-	-
Fördervolumen	€	1.704.500	2.500.000	880.000	-	-	-
Modernisierung Anzahl der Beratungen	Anz.	1	1	1	-	-	-
Wohnungsbindung Anzahl Wohnberechtigungsscheine	Anz.	293	320	300	-	-	-
Anzahl Freistellungsbescheinigungen	Anz.	39	40	60	-	-	-
Anzahl Zinssenkungsanträge	Anz.	90	100	90	-	-	-
Anzahl Wirtschaftlichkeitsberechnungen	Anz.	62	60	10	-	-	-
Anzahl der Bestands- und Besetzungskontrollen	Anz.	311	300	300	-	-	-
Eigentumsförderung Anzahl der Beratungen insgesamt	Anz.	0	6	2	-	-	-
Mietwohnungsbau Anzahl der Bewilligungen	Anz.	24	6	1	-	-	-
Fördervolumen	€	1.980.000	2.400.000	300.000	-	-	-
Mietwohnungsbau Anzahl der Beratungen	Anz.	2	3	2	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anzahl der LE nach Kategorie: - Wohnungsbindung	Anz.	393	440	370	-	-	-
Anzahl der LE nach Kategorie: - wohnungswirtschaftliche Maßnahmen	Anz.	90	100	90	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Bestand an öffentlich gefördertem Wohnraum (Wohneinheiten)	Anz.	3.156	2.349	3.070	-	-	-
durchschnittliche Bearbeitungszeit/Fall	Tg.	1	1	1	-	-	-
Deckungsgrad Aufwand zu Verwaltungsgebühren	%	8	7	8	7	7	7
Anzahl der neu errichteten öffentlich geförderten Wohnungen / Familienheime in DT / Jahr	Anz.	27	75	12	-	-	-
Belegungsquote öffentlich geförderter Wohnungen in DT in %	%	96	96	96	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.445,00	3.600	3.400	3.400	3.400	3.400
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.720,76	7.000	8.500	8.500	8.500	8.500
= Ordentliche Erträge	12.165,76	10.600	11.900	11.900	11.900	11.900
- Personalaufwendungen	144.180,38	153.900	156.000	157.700	159.400	161.100
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	100	100	100	100	100
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.875,06	900	1.100	1.100	1.100	1.100
= Ordentliche Aufwendungen	149.055,44	154.900	157.200	158.900	160.600	162.300
= Ordentliches Ergebnis	-136.889,68	-144.300	-145.300	-147.000	-148.700	-150.400
+ Finanzerträge	7.077,72	6.500	6.500	6.500	6.500	6.500
= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-129.811,96	-137.800	-138.800	-140.500	-142.200	-143.900
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	22.991,27	25.580	23.810	23.720	24.170	24.470
= Ergebnis	-152.803,23	-163.380	-162.610	-164.220	-166.370	-168.370

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.245,00	3.600	3.400	0	3.400	3.400	3.400
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	8.720,76	7.000	8.500	0	8.500	8.500	8.500
+ Zinsen und ähnliche Einzahlungen	7.085,40	6.500	6.500	0	6.500	6.500	6.500
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	19.051,16	17.100	18.400	0	18.400	18.400	18.400
- Personalauszahlungen	125.456,96	130.400	132.500	0	133.900	135.300	136.700
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	100	100	0	100	100	100
- Sonstige Auszahlungen	16.547,70	900	1.100	0	1.100	1.100	1.100
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	142.004,66	131.400	133.700	0	135.100	136.500	137.900
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-122.953,50	-114.300	-115.300	0	-116.700	-118.100	-119.500
+ Sonstige Investitionseinzahlungen	33.268,53	22.500	16.800	0	11.800	11.800	11.800
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	33.268,53	22.500	16.800	0	11.800	11.800	11.800
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-89.684,97	-91.800	-98.500	0	-104.900	-106.300	-107.700

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	33,3	22,5	16,8	0,0	11,8	11,8	11,8
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	33,3	22,5	16,8	0,0	11,8	11,8	11,8

Erläuterungen

Aktuelle Aufgaben und Tätigkeiten sind im Text des Planungsreports 2014 unter 1.6 Wohnungsbauservice dargestellt. Personalveränderungen stehen für 2014 nicht an.

Kurzbeschreibung

- Unterschutzstellung von Bau- und Bodendenkmälern
- Prüfungen und Stellungnahmen von Anträgen und Anfragen
- Beratungen, Betreuungen, Kontrollen
- Vergabe von Fördermitteln aus verschiedenen Förderprogrammen
- Steuerbescheinigungen und Abstimmungen
- Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten
- Öffentlichkeitsarbeit

Ziele

- Wahrung des öffentl. Interesses an der Einhaltung der gesetzl. Anforderungen an denkmalgeschützten Anlagen und deren Nutzung
- Erhaltung kultureller Ressourcen und der Attraktivität der Stadt zur Steigerung der Standortqualität und des Fremdenverkehrswesens
- Hilfen bei der Finanzierung denkmalpflegerisch bedingter Forderungen bei kostenintensiven Erhaltungsmaßnahmen

Auftragsgrundlage

-Denkmalschutzgesetz NW, Denkmallistenverordnung, Beschlüsse Ausschuss für Stadtentwicklung

Zielgruppe

Eigentümer, Nutzungsberechtigte, und Nachbarn von Denkmälern, Architekten, Handwerker, Fachbereiche, Rats- und Ausschussmitglieder, indirekt alle Bürger und Besucher der Stadt Detmold

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Stellen	Anz.	1,70	2,70	1,70	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Städtische Bestandserfassung der erhaltenswerten historischen Bausubstanz	Anz.	1.500	1.500	1.500	-	-	-
Verzeichnis des zu schützenden Kulturgutes	Anz.	1.045	1.045	1.045	-	-	-
Anzahl der auf Denkmalwert geprüften Objekte aus dem Kulturgutverzeichnis	Anz.	950	990	1.018	-	-	-
Verhältnis Anzahl der geprüften Objekte/Anzahl Objekte Kulturgutverzeichnis	%	91	94	97	-	-	-
Verhältnis Baudenkmäler/Gesamtgebäudebestand	%	3	3	4	-	-	-
Anzahl der Förderanträge	Anz.	8	20	8	-	-	-
Anzahl der Steuerbescheinigungen	Anz.	33	30	30	-	-	-
durch Förderung mobilisiertes Investitionsvolumen	€	378.945	400.000	300.000	-	-	-
bescheinigte Gesamtaufwendungen für Steuervergünstigungen	€	2.222.715	1.000.000	1.500.000	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anzahl abgeschl. Unterschutzstellungen gem. Kulturgutverzeichnis	Anz.	35	20	30	-	-	-
Anzahl der betreuten Objekte	Anz.	245	255	250	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anzahl denkmalrechtlicher Widerspruchs- bzw. Klageverfahren / Gesamtanzahl der Bescheide	%	0,00	1,00	1,00	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je betreutem Objekte p.a.	€	465	500	500	-	-	-
Förderungswirkungsgrad (Quote städt. Fördervolumens / Gesamtinvestitionsvolumen)	%	17,0	20,0	20,0	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	53.000,00	279.900	207.230	159.505	179.560	60.000
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	17.987,16	12.000	18.000	18.000	18.000	18.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	595,00	400	400	400	400	400
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	10	0	0	0	0
= Ordentliche Erträge	71.582,16	292.310	225.630	177.905	197.960	78.400
- Personalaufwendungen	122.880,38	130.300	133.156	134.488	135.831	137.191
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.269,50	1.050	1.550	1.550	1.550	1.550
- Transferaufwendungen	75.943,30	404.900	285.530	217.350	246.000	75.200
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.255,36	2.620	1.870	1.870	1.870	1.870
= Ordentliche Aufwendungen	202.348,54	538.870	422.106	355.258	385.251	215.811
= Ordentliches Ergebnis	-130.766,38	-246.560	-196.476	-177.353	-187.291	-137.411
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	18.656,17	15.470	16.110	16.140	16.370	16.560
= Ergebnis	-149.422,55	-262.030	-212.586	-193.493	-203.661	-153.971

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	53.600,00	279.900	207.230	0	159.505	179.560	60.000
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	19.395,53	12.000	18.000	0	18.000	18.000	18.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	501,50	400	400	0	400	400	400
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	10	0	0	0	0	0
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	73.497,03	292.310	225.630	0	177.905	197.960	78.400
- Personalauszahlungen	101.274,24	102.900	130.233	0	131.536	132.850	134.179
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.269,50	1.050	1.550	0	1.550	1.550	1.550
- Transferauszahlungen	80.686,30	431.900	285.530	0	217.350	246.000	75.200
- Sonstige Auszahlungen	2.200,20	2.620	1.870	0	1.870	1.870	1.870
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	185.430,24	538.470	419.183	0	352.306	382.270	212.799
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-111.933,21	-246.160	-193.553	0	-174.401	-184.310	-134.399

Erläuterungen

Zahl der Baudenkmäler 694

Zahl der Bodendenkmäler 61

Zahl der beweglichen Denkmäler 1

Zahl der erhaltenen historischen Gebäude 1.045

Gesamtzahl der Gebäude in Detmold 19.804

Die angestrebte Anzahl von Unterschutzstellungen ist wegen der kritischen Haltung bei den Denkmaleigentümern nur mit größerem Zeitaufwand für Überzeugungsarbeit realisierbar.

Die Anzahl der auf dem Denkmalwert zu prüfenden Objekte aus dem Kulturgutverzeichnis setzt sich zusammen aus den in die Denkmalliste bereits eingetragenen Baudenkmälern und den als nicht denkmalwert befundenen Bauwerken.

Bei dem Verhältnis der Baudenkmäler zum Gesamtgebäudebestand im Stadtgebiet ist die Gesamtzahl aller Häuser mit Hausnummern zugrunde gelegt worden.

Die zu betreuenden Objekte sind entweder denkmalgeschützt oder im Kulturgutverzeichnis aufgeführt. Im denkmalrechtlichen Verfahren werden Beratungen geleistet, Erlaubnisse und Steuerbescheinigungen erteilt und Förderanträge abgewickelt.

Die Beratungen erfolgen im Regelfall auf Initiative von Denkmaleigentümern, Antragstellern, Handwerkern oder Architekten. Die Beratungen haben sehr unterschiedliche Dauer. Sie erfolgen telefonisch, im Hause und am Objekt. Beratungen vor Ort, Beratungen mit Laien und Beratungen mit umfangreichen Veränderungsmaßnahmen erfordern sehr oft einen hohen Zeitaufwand (1 Stunde und länger). Stellungnahmen nach Prüfung erfolgen schriftlich. Sie erfordern wegen des stets individuellen Sachverhaltes einen höheren Zeitaufwand. Je nach Komplexität der Maßnahme und Vollständigkeit der Antragsunterlagen beträgt der Zeitaufwand zwischen 1 bis 16 Stunden, im Ausnahmefall auch länger.

Wie auch im Planungsreport beschrieben, ist die Nachfolge des Denkmalpflegers, der ab 1. März 2014 in den Ruhestand gehen wird, bereits erfolgt. Dies war erforderlich, damit der Übergang des in langjähriger Tätigkeit erworbenen Erfahrungswissen an die nachfolgende Kraft sichergestellt ist. Im Gegenzug wird eine bislang aus diesem Grund noch nicht besetzte Stelle im Team 6.1 zunächst noch weiterhin freigehalten.

Hinweis: Die "Transferaufwendungen" ergeben sich insbesondere aus ISEK Nr. 1.4 "Profilierung und Standortaufwertung" (bis 2013 Historischer Stadtkern - private Haus- und Hofflächen) und dem Zuschuss Stadtumbau West Hohenloh. Die Denkmalförderung "Stadtpauschale" ist aufgrund der weggefallenen anteiligen Landesförderung nicht weiter in der Budgetplanung enthalten.

Kurzbeschreibung

- Energie- und Umweltberatung
- Erstellen von Basisinformationen
- Öffentlichkeitsarbeit
- a) aktive Öffentlichkeitsarbeit durch Pressearbeit, Herausgabe von Faltschriften und anderen Informationsmaterialien, Vorträge, aktionsorientierter Ansatz bei der Öffentlichkeitsarbeit durch die Planung und Durchführung von Veranstaltungen.
- b) reagierende Öffentlichkeitsarbeit auf Anfragen sowie aktuelle umweltpolitische Entwicklungen.
- Umsetzung und Weiterentwicklung des Klimaschutzprogramms
- Einführung / Initiierung von Maßnahmen zur Erhaltung/Verbesserung der Umweltsituation in Detmold
- Umsetzung der Detmolder Baumschutzsatzung

Ziele

Verbesserung der Umweltsituation in Detmold durch folgende Maßnahmen:

- Umweltberatung, Umweltinformation
- Unterstützung von Umweltmaßnahmen Dritter
- Betreuung der Baumschutzsatzung

Auftragsgrundlage

- Beschlüsse des HFA vom 09.02.1995 und 04.01.1996
- Ratsbeschluss vom 13.12.84 / des UA vom 12.02.85
- allgemeiner Auftrag an öffentliche Verwaltung, Lebensgrundlage langfristig zu erhalten
- Rats- und Ausschussbeschlüsse zum Klimaschutz
- Detmolder Baumschutzsatzung vom 17.09.2001

Zielgruppe

Alle Einwohner/innen Detmolds, von Fall zu Fall unterschiedliche Zielgruppe

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung
Haupt- und Finanzausschuss für Klimabeirat

Stellen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Stellen	Anz.	3,27	3,24	3,31	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
in Verwaltungsgebäuden: Auswertungen mit Beratungen	Anz.	-	-	-	-	-	-
Private: Beratungen	Anz.	0	700	700	-	-	-
Veranstaltungen	Anz.	0	2	2	-	-	-
Förderprogramm nachträgl. Wärmedämmung: geförderte Maßnahmen	Anz.	99	60	60	-	-	-
Betreuung der Baumschutzsatzung - BaumSchS Ortstermine	Anz.	230	200	200	-	-	-
durch Beratung erhaltene Bäume	Anz.	60	45	50	-	-	-
Bescheide nach BaumSchS	Anz.	166	150	150	-	-	-
- positiv beschieden	Anz.	160	135	135	-	-	-
- Ablehnungen	Anz.	6	15	15	-	-	-
- Klagen	Anz.	2	2	0	-	-	-
Bußgeldverfahren nach Baumschutzsatzung	Anz.	0	5	5	-	-	-
Umweltberatung Erstellen von Informationsmaterial	Anz.	10	3	5	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Veranstaltungen, Vorträge	Anz.	8	3	4	-	-	-
Presseinformationen	Anz.	8	10	10	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anzahl der Beratungen nach Kategorie: - Energiesparen	Anz.	0	702	702	-	-	-
Anzahl der Beratungen nach Kategorie: - Klimaschutz	Anz.	90	25	25	-	-	-
Anzahl der Beratungen nach Kategorie: - Umweltschutz	Anz.	300	600	500	-	-	-
Anzahl der Beratungen nach Kategorie: - Baumschutz	Anz.	200	450	450	-	-	-
Anzahl Bescheide Baumschutz	Anz.	166	150	150	-	-	-
durchschnittliche Laufzeit Bescheide Baumschutz	Tg.	3	3	3	-	-	-
Anzahl Ersatzpflanzungen	Anz.	164	200	200	-	-	-
Summe versiegelte Fläche Jahresende zu Jahresbeginn in qkm	qkm	-	-	29,70	-	-	-
Summe versiegelte Fläche Jahresende zu Jahresbeginn in %	%	-	-	23,00	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	117.409,31	12.300	3.700	0	0	0
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	100	100	100	100	100
+ Sonstige ordentliche Erträge	2.750,00	6.100	6.100	6.100	6.100	6.100
+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
= Ordentliche Erträge	120.159,31	19.500	10.900	7.200	7.200	7.200
- Personalaufwendungen	226.082,89	234.206	249.300	251.800	254.300	256.900
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.994,42	6.150	6.150	6.150	6.150	6.150
- Transferaufwendungen	164.454,51	218.178	183.493	171.893	172.793	173.693
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	68.704,35	79.100	30.350	23.450	23.450	23.450
= Ordentliche Aufwendungen	461.236,17	537.634	469.293	453.293	456.693	460.193
= Ordentliches Ergebnis	-341.076,86	-518.134	-458.393	-446.093	-449.493	-452.993
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	23.678,44	26.800	26.320	26.350	26.800	27.170
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-23.678,44	-25.800	-25.320	-25.350	-25.800	-26.170
= Ergebnis	-364.755,30	-543.934	-483.713	-471.443	-475.293	-479.163

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	18.039,31	12.300	3.700	0	0	0	0
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	100	100	0	100	100	100
+ Sonstige Einzahlungen	5.375,00	6.100	6.100	0	6.100	6.100	6.100
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	23.414,31	18.500	9.900	0	6.200	6.200	6.200
- Personalauszahlungen	223.052,15	233.101	248.100	0	250.600	253.100	255.700
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.994,42	6.150	6.150	0	6.150	6.150	6.150
- Transferauszahlungen	164.454,51	218.178	183.493	0	171.893	172.793	173.693
- Sonstige Auszahlungen	69.929,58	79.100	30.350	0	23.450	23.450	23.450

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	459.430,66	536.529	468.093	0	452.093	455.493	458.993
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-436.016,35	-518.029	-458.193	0	-445.893	-449.293	-452.793
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	352,00	0	0	0	0	0	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	352,00	0	0	0	0	0	0
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-436.368,35	-518.029	-458.193	0	-445.893	-449.293	-452.793

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	-0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Erläuterungen

Aktuelle Aufgaben und Tätigkeiten sind im Text des Planungsreports 2014 unter 1.8 Umweltschutz dargestellt.

Zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes und Ausweitung der Energieberatung hat der Rat am 24.09.2009 die befristete dreijährige Einstellung einer Mitarbeiterin / eines Mitarbeiters beschlossen. Seit Mai 2011 verstärkt die neue Klimamanagerin das Team 6.5. Die 50%-Stelle zur Umsetzung des Detmolder Klimaschutzkonzeptes wird anteilig durch ein Förderprogramm des Bundesumweltministeriums finanziert und ist auf 3 Jahre bis zum 30.04.2014 befristet. Ein Antrag auf Anschlussförderung ist geplant. Die Senkung des Fördersatzes von 50 % auf 40 % wird zu einer Erhöhung des städtischen Eigenanteils an den Projektkosten bei einer Teilzeitstelle (EG 11) von derzeit ca. 13.000 €/Jahr auf zukünftig 16.200 €/Jahr führen. Im Haushaltsentwurf 2014 zu berücksichtigen sind die erforderlichen Mittel für 8 Monate im Jahr 2014 in Höhe von rund 10.800 €. Die genannten Projektkosten i. H. v. jährlich 50.000 € werden incl. Personalaufwand beim Konto „Sonstige Transferaufwendungen Klimaschutzkonzept“ im Produkt anteilig dargestellt.

Hinweis: Die „Transferaufwendungen“ ergeben sich insbesondere aus dem NEI-Honorar, den Mitteln für die Abwicklung des Detmolder Förderprogramms zur Wärmedämmung über NEI, dem Projektkostenzuschuss Rolfischer Hof sowie den „Sonstigen Transferaufwendungen Klimaschutzkonzept“ (s. o.).

Hinweis: Die „sonstigen ordentlichen Aufwendungen“ ergeben sich insbesondere aus
- 21.500 € Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzes.